



Hans-Walter Schmuhl

Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater im Nationalsozialismus

 Springer

Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater im Nationalsozialismus

Zum Titelbild:

Auf der Gründungsversammlung der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater am 4. September 1935 im Zeuner-Bau der Technischen Hochschule in Dresden. Am Rednerpult beraten sich der »Reichsleiter« der neuen Fachgesellschaft, Prof. Dr. Ernst Rüdin (links, mit dem Gesicht zur Kamera), und ihr »Reichsgeschäftsführer«, Prof. Dr. Paul Nitsche (rechts, im Profil). An der Tafel im Hintergrund sieht man auf der linken Seite ein Schaubild zur Illustration eines neuen Anlage-Umwelt-Konzepts, das Dr. Hans Luxenburger in seinem Vortrag über »Zwillingspathologische Untersuchungen im schizophrenen Kreis« am Nachmittag des 4. September erläutert hatte. Auf der rechten Tafelseite wird die Abfahrtszeit einer gemeinsamen Autobusfahrt zum Jagdschloss Moritzburg, zur Albrechtsburg und zur Porzellanmanufaktur in Meißen angegeben, mit der die Gründungsversammlung der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater am 5. September 1935 ausklang.

Bildnachweis: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem, Bild Nr. II/22.

Hans-Walter Schmuhl

Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater im Nationalsozialismus

 Springer

Hans-Walter Schmuhl

Diese Publikation wurde unterstützt durch die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN)

ISBN 978-3-662-48743-3 978-3-662-48744-0 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-662-48744-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Umschlaggestaltung: deblik Berlin

Fotonachweis Umschlag: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem, Bild Nr. II/22

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer-Verlag ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
www.springer.com

Geleitwort von Prof. Dr. Dr. Frank Schneider und Dr. Iris Hauth

Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) hat lange gebraucht, sich in angemessener Form mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Sie ist eine der ältesten wissenschaftlichen Fachgesellschaften und ihre heute gut 8.000 Mitglieder sind stolz darauf, dass die DGPPN im wissenschaftlichen, politischen und versorgungsbezogenen Kontext eine wesentliche Rolle spielt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte über lange Zeit Verleugnung der eigenen Geschichte wie der Verantwortung für die Verbrechen an Menschen mit psychischen Erkrankungen und geistigen Behinderungen im »Dritten Reich« mit erneuter Demütigung der Opfer. Zwar gab es in den 1960er und 1970er Jahren erste Versuche, die Geschehnisse darzustellen, jedoch wurde die Psychiatrie in den meisten erschienenen Publikationen als Opfer dargestellt. Anlässlich der 130-jährigen Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde wurde 1972 von dem seinerzeitigen Schriftführer Helmut Ehrhardt ein Buch veröffentlicht, in welchem noch zu lesen steht, dass die damalige Vertretung der Psychiater, trotz ihrer scheinbar weitreichenden Befugnisse, ex officio niemals Aktionen wie die »Euthanasie« gedeckt, befürwortet oder gefördert habe. Auch deswegen, so Ehrhardt, seien die wiederholten Versuche, das Fehlverhalten oder die Verbrechen einzelner Psychiater dieser Zeit »der deutschen Psychiatrie« anzulasten, als objektiv unbegründet zurückzuweisen. Eine absichtlich falsche Darstellung der Geschehnisse.

Seitens der Psychiater begann erst in den 1980er Jahren allmählich eine ernsthafte und umfassendere Aufarbeitung der Geschichte. Einzelne Psychiater wie zum Beispiel Gerhard Schmidt direkt nach dem Kriegsende oder Klaus Dörner in den 1960er Jahren und später Michael von Cranach oder Asmus Finzen versuchten, das Geschehene aufzuarbeiten und bekannt zu machen. Diese Ansätze wurden aber in der Fachgesellschaft oft nicht nachhaltig gehört. Eine Ausnahme bildete das Jahr 1986, als die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde Gerhard Schmidt mit der Wilhelm-Griesinger-Medaille ehrte.

Im Jahr 1999 wurde in Hamburg auf dem Kongress der World Psychiatric Association (WPA) erstmals die Ausstellung von Michael von Cranach »In Memoriam« über die Verbrechen an Patientinnen und Patienten im Nationalsozialismus einem breiten internationalen Publikum zugänglich gemacht, die seitdem immer wieder gezeigt wurde.

Im Rahmen des Jubiläumskongresses der psychiatrischen Fachgesellschaft im Jahr 1992 unter Uwe Henrik Peters wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Gesellschaft »ihren Abscheu und ihre Trauer im Rückblick auf den Holocaust an Geisteskranken, Juden und anderen verfolgten Menschen« bekräftigte. Dies waren sehr deutliche, aber auch notwendige Worte, auch wenn es hier noch nicht um persönliche oder institutionelle Schuld von Psychiatern oder deren Fachgesellschaft ging.

Im Jahr 2009 begann die DGPPN, sich sehr systematisch mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Auf einer Mitgliederversammlung in diesem Jahr wurde der erste Paragraph der Satzung um folgenden Abschnitt ergänzt:

»Die DGPPN ist sich ihrer besonderen Verantwortung um die Würde und Rechte der psychisch Kranken bewusst, die ihr aus der Beteiligung ihrer Vorläuferorganisationen an den Verbrechen des Nationalsozialismus, an massenhaften Krankemorden und Zwangssterilisationen erwachsen«.

Da die DGPPN zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte aus verschiedenen Gründen selbst nicht geeignet ist, hat der seinerzeitige Vorstand 2009 eine internationale Kommission von Historikern zur Aufarbeitung der Geschichte der Vorläufergesellschaften zur Zeit des Nationalsozialismus eingerichtet. Die Kommission unter der Leitung von Volker Roelke (Gießen) war mit Frau Carola Sachse (Wien), Heinz-Peter Schmiedebach (Hamburg) und Paul Weindling (Oxford) besetzt. Die Kommission war in ihren Entscheidungen immer unabhängig von der DGPPN, um vollständige Transparenz zu gewährleisten. Sie begleitete die von der Fachgesellschaft initiierten und finanzierten Forschungsprojekte, die klären sollten, inwieweit die Vorläuferorganisationen der DGPPN und deren Repräsentanten an dem »Euthanasie«-Programm, an der Zwangssterilisierung psychisch Kranker, an der Vertreibung jüdischer und politisch missliebiger Psychiater und an anderen Verbrechen in der Zeit zwischen 1933 bis 1945 beteiligt waren.

Es war ein Glücksfall für die DGPPN, dass die Kommission Hans-Walter Schmuhl (Bielefeld) mit dem Forschungsauftrag zur Geschichte des Deutschen Vereins für Psychiatrie bzw. der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater in der Zeit des Nationalsozialismus betraut hat. Ihm danken wir in besonderer Weise für seine Tätigkeit. Seit der Zeit der Beauftragung hat Prof. Schmuhl immer wieder auf den jährlichen DGPPN-Kongressen über seine Forschungsergebnisse referiert. Er legt nun den Abschlussbericht vor, der von der Kommission, der wir für ihre Tätigkeit außerordentlich dankbar sind, nun der Öffentlichkeit übergeben wird. Auf dem Hintergrund dieses Wissens wird die DGPPN auch zukünftig im Sinne ihrer Satzungserweiterung ihre besondere Verantwortung wahrnehmen.

Prof. Dr. Dr. Frank Schneider
Präsident der DGPPN 2009-2010

Dr. Iris Hauth
Präsidentin der DGPPN 2015-2016

Geleitwort von Prof. Dr. Volker Roelcke

Über viele Jahrzehnte nach Kriegsende haben allenfalls einzelne Psychiater das massive Unrecht in der Psychiatrie zur Zeit des Nationalsozialismus direkt benannt und eine systematische Klärung der Ursachen und Implikationen gefordert. Die zur Debatte stehenden Themen waren der erzwungene Ausschluss von Kollegen, die vom Regime als »jüdisch« oder »politisch unzuverlässig« klassifiziert worden waren, die Zwangssterilisation von Menschen, die von Ärzten als »erbkrank« diagnostiziert worden waren, die erzwungene Forschung an Psychiatriepatienten und schließlich die massenhafte Tötung von psychisch kranken und behinderten Menschen. Zu den wenigen Psychiatern, die sich entsprechend geäußert haben, gehörten Werner Leibbrand und Gerhard Schmidt bereits in den 1940er Jahren, Manfred der Beek in den 1950ern oder Klaus Dörner in den 1960ern.

In den seltenen Situationen, in denen Repräsentanten der psychiatrischen Fachgesellschaft die nationalsozialistische Vergangenheit thematisierten, hatte das einen stark apologetischen Charakter: Die Gründe für das begangene Unrecht wurden außerhalb des Fachs gesucht, bei politischen Instanzen oder »der NS-Ideologie«, die Psychiatrie als Disziplin und die Psychiater selbst dagegen als Opfer der Geschehnisse dargestellt. Konkrete Namen von involvierten Psychiatern, die in der Nachkriegspsychiatrie z.T. prominente Positionen einnahmen, wurden nicht genannt, allenfalls diejenigen bereits lange Verstorbener. Ein Interesse an der Identifizierung der von den Unrechtstaten betroffenen Patienten oder ihrer Angehörigen, eine Bitte um Entschuldigung oder auch ein systematisches Unterfangen zur Unterstützung von überlebenden Opfern bei medizinischen Folgen des Unrechts oder etwa bei Entschädigungsfragen – mithin Anzeichen für ein Bewusstsein von Mitverantwortung – lassen sich über Jahrzehnte nicht finden. Noch 1992 spricht eine Resolution der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde zwar von der Abscheu und der Trauer über »den Holocaust an Geisteskranken, Juden und anderen verfolgten Menschen«. Die zentrale Rolle von Psychiatern (inklusive Ordinarien und Repräsentanten der Fachgesellschaft) bei der gedanklichen Vorbereitung, der Planung und Durchführung der Patiententötungen und damit deren wesentliche Mitverantwortung am begangenen Unrecht wurde jedoch mit keinem Wort erwähnt. Vielmehr wurde durch die Einreihung der Patiententötungen unter die Rubrik »Holocaust« nahegelegt, dass ebenso wie bei der Vernichtung der europäischen Juden die alleinige Ursache beim nationalsozialistischen Regime zu suchen sei.

Erst 2009 ergriff der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) unter dem Vorsitz von Frank Schneider die Initiative, diese Situation grundlegend zu ändern. Die Mitgliederversammlung der Gesellschaft fügte im Paragraph 1 der Satzung einen neuen Absatz ein, der explizit das von Psychiatern begangene Unrecht benennt und daraus eine besondere Verantwortung im Umgang mit den psychisch Kranken ableitet. Nach Einholen medizinhistorischen Rats setzte der Vorstand eine unabhängige »Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte der DGPPN« ein, in die neben dem Unterzeichnenden Carola Sachse (Wien), Heinz-Peter Schmiedebach (Hamburg) und Paul Weindling (Oxford) berufen wurden. Der Forschungsauftrag war mit dem ausdrücklichen Anliegen verbunden, die Ergebnisse der historischen Arbeit den Mitgliedern der Fachgesellschaft und der interessierten breiteren Öffentlichkeit verfügbar zu machen und einen nachhaltigen Prozess der Erinnerung und Selbstreflexion in der Gesellschaft in Gang zu setzen.

Der Kommission wurden Mittel für ein zweijähriges Forschungsprojekt übertragen, und auf der vereinbarten Grundlage konnte sie autonom die Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters ausschreiben und besetzen. Daneben wurden in großzügiger Weise Gelder für Tagungen und Publikationen verfügbar gemacht sowie ab 2010 den Projektmitarbeitern und den Kommissionsmitgliedern kontinuierlich Gelegenheit für Vorträge und ganze thematische Sektionen bei den jährlichen DGPPN-Kongressen eingeräumt. Die ausgeschriebenen Mittel wurden an Hans-Walter Schmuhl (80%) zur Rekonstruktion der Geschichte der psychiatrischen Fachgesellschaft(en) sowie an Rakefet Zalashik (20%) zur Anschubfinanzierung eines Langfrist-Projekts zur erzwungenen Emigration jüdischer Psychiater vergeben. In enger Abstimmung zwischen Vorstand der Gesellschaft, Kommission und Projektmitarbeitern wurde eine Gedenkfeier im Rahmen des DGPPN-Kongresses 2010 geplant, bei welcher Frank Schneider als Präsident erstmals in umfassender Weise und auf dem Stand der aktuellen historischen Forschung das geschehene Unrecht und die wesentliche Mitverantwortung der Psychiater anerkannte sowie eine Bitte um Entschuldigung an eingeladene Repräsentanten der verschiedenen Opfergruppen aussprach.

Das vorliegende Buch von Hans-Walter Schmuhl verkörpert den zentralen Ertrag des Forschungsprojekts (daneben ist eine Serie von Aufsätzen und ein Sammelband zu psychiatrischen Therapien im Kontext der Kommissionsarbeit entstanden). Die Monografie basiert auf umfassenden und äußerst gründlichen Recherchen in einer Vielzahl von Archiven und zeitgenössischen Publikationen, einer sorgfältigen und kritischen Interpretation der Quellen und einer extrem kenntnisreichen Einordnung in den breiteren Forschungsstand. Aufgrund dieser Qualitäten wird das Buch über viele Jahre hin ein Referenzwerk zur Geschichte der Psychiatrie nicht nur im Nationalsozialismus, sondern im gesamten 20. Jahrhundert sein. Die Inhalte sind erschreckend: Sie zeigen, in welchem großem Umfang und mit welcher Zielstrebigkeit fast alle Repräsentanten der Fachgesellschaft, wenngleich in unterschiedlicher Weise und Intensität an den eingangs benannten Formen des Unrechts beteiligt waren – und dass dies keineswegs einfach aus äußerem Zwang geschah. Die Ideen für eine eugenisch-rassenhygienisch motivierte »Erbgesundheitspolitik« waren ebenso wie diejenigen zur »Vernichtung lebensunwerten Lebens« schon lange vor 1933 in psychiatrischen Kreisen weit verbreitet, und bei der radikalen Umsetzung der entsprechenden Programmatiken ab 1933 waren zahlreiche Psychiater bis in die Spitze der Fachgesellschaft aus eigener Überzeugung und in enger Kooperation mit staatlichen Instanzen maßgeblich involviert.

Möge das Buch eine breite Leserschaft finden und beitragen zu einem anhaltenden Prozess des Nachdenkens über die der Psychiatrie inhärenten ambivalenten Potentiale und die Gefahren, die entstehen, wenn Wertsetzungen wie das Wohl der Gesamtgesellschaft, die biologische Optimierung des Menschen oder der Fortschritt der Wissenschaft wichtiger werden als das Wohlergehen des einzelnen leidenden Menschen.

Prof. Dr. Volker Roelcke, M. Phil.

für die Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte der DGPPN

Dank

Die vorliegende Studie geht auf einen Forschungsauftrag der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) zurück. Ich danke dem Vorstand und dem Beirat der DGPPN, insbesondere Herrn Prof. Dr. Dr. Frank Schneider, Herrn Prof. Dr. Peter Falkai, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Maier und Frau Dr. Iris Hauth, für ihr Vertrauen und ihre unermüdliche und rückhaltlose Unterstützung.

Ein ganz besonderer Dank gilt den Mitgliedern der Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte der DGPPN, die das Projekt in allen Phasen mit Rat und Tat begleitet haben: dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Prof. Dr. Volker Roelcke, Frau Prof. Dr. Carola Sachse, Herrn Prof. Dr. Heinz-Peter Schmiedeback sowie Herrn Prof. Dr. Paul Weindling. Zudem danke ich Frau Dr. Rakefet Zalashik, die im Rahmen des Forschungsprojekts zum Ausschluss »jüdischer« und »politisch unzuverlässiger« Mitglieder der psychiatrisch-neurologischen Fachgesellschaften, zur erzwungenen Emigration und zu den weiteren Lebenswegen der Emigrierten geforscht hat, für die vorzügliche Zusammenarbeit.

Zu tiefem Dank bin ich Herrn PD Dr. Gerrit Hohendorf für die Überlassung von Kopien aus den National Archives Washington verpflichtet. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen sowie Angehörige historischer Persönlichkeiten haben mir mit Anregungen und kritischen Anmerkungen, mit Auskünften und der Überlassung von Quellenmaterial aus Privatbesitz geholfen. Namentlich seien in diesem Zusammenhang genannt: Andrea Brinckmann, Dr. Rolf Creutz, PD Dr. Ulrike Eisenberg, Prof. Dr. Wolfgang Ewald, Prof. Dr. Heiner Fangerau, Prof. Dr. Wolfgang Firnhaber, Prof. Dr. Mustafa Gençer, Prof. Dr. Hanfried Helmchen, Dr. Rainer Herrmann, Prof. Dr. med. Hanns Hippus, apl. Prof. Dr. Franz-Werner Kersting, PD Dr. med. Ekkehardt Kumbier, Dr. des. Sascha Lang, Prof. Dr. Wilhelm Mann, Prof. Dr. med. Dirk Pette, Dr. des. Philipp Rauh, Dr. med. Lara Rzesnitzek, Klaus Schepker M.A., Dr. Gudrun Silberzahn-Jandt, Dr. Rainer Stommer, Hideharu Umehara sowie Hermann und Ute Villinger.

Ich danke Dr. Katrin Minner, die mir bei der Auswertung der neurologisch-psychiatrischen Fachzeitschriften behilflich war. Schließlich sei auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von mir besuchten Archive und der Geschäftsstelle der DGPPN gedankt.

Hans-Walter Schmuhl

Bielefeld, Juli 2015

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| A Einleitung | 1 |
| Forschungsstand: Wissenschaftliche Fachgesellschaften im Nationalsozialismus | 2 |
| Konzeptionelle Vorüberlegungen: Wissenschaft und Politik | 9 |
| Methodologische Vorüberlegungen: Organisationen, Netzwerke, Ressourcen, Akteure und ihre Rollen | 16 |
| Erkenntnisleitende Fragestellungen | 20 |
| Zum Aufbau der Arbeit | 21 |
| Redaktionelle Hinweise | 22 |
| | |
| B Die Vor- und Gründungsgeschichte der Gesellschaft Deutscher Psychiater und Neurologen | 23 |
| 1. Psychiatrisch-neurologische Fachgesellschaften in Deutschland bis 1933 | 25 |
| Vom Deutschen Verein der Irrenärzte zum Deutschen Verein für Psychiatrie | 25 |
| Das Spannungsfeld zwischen Psychiatrie und Neurologie und die Gründung der Gesellschaft Deutscher Nervenärzte | 30 |
| Das Spannungsfeld zwischen Psychiatrie und psychischer Hygiene und die Gründung des Deutschen Verbandes für psychische Hygiene | 31 |
| Das Spannungsfeld zwischen Psychiatrie, Psychologie und Psychotherapie und die Gründung der Allgemeinen Ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie | 35 |
| Psychiatrie zwischen Reform und Krise. Der Deutsche Verein für Psychiatrie in der ausgehenden Weimarer Republik | 36 |
| 2. Von der »Gleichschaltung« der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene bis zum Eintritt Ernst Rüdins in den Vorstand des Deutschen Vereins für Psychiatrie, Mai bis Juli 1933 | 44 |
| Die zentrale Achse: Arthur Gütt und Ernst Rüdin | 44 |
| Die »Gleichschaltung« der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene und Eugenik | 46 |
| Um die Zukunft des Deutschen Verbandes für psychische Hygiene | 47 |
| Ernst Rüdin, Ernst Kretschmer und die Psychotherapie | 53 |
| Die Umbildung des Vorstands des Deutschen Vereins für Psychiatrie | 54 |
| 3. »... die Sache absichtlich etwas hinausgezogen«. Die Verschleppungstaktik des Netzwerks um Karl Bonhoeffer, August 1933 bis Mai 1934 | 57 |
| Die Zuwahl Hans Roemers in den Vorstand des Deutschen Vereins für Psychiatrie | 57 |
| Die Beitrags- und Zeitschriftenfrage | 60 |
| Paul Nitsches Doppelspiel | 63 |
| Noch einmal: Die Beitrags- und Zeitschriftenfrage | 66 |
| Weichenstellungen | 68 |
| Die Jahresversammlung in Münster, 23.–25. Mai 1934 | 70 |
| Die Deutsche Allgemeine Ärztliche Gesellschaft für Psychotherapie – ein neuer Gegenspieler | 72 |
| 4. Die »Gleichschaltung« der Gesellschaft Deutscher Nervenärzte und des Deutschen Vereins für Psychiatrie, Juni bis Oktober 1934 | 78 |
| Die Gesellschaft Deutscher Nervenärzte unter Druck | 79 |
| Eine neue Achse: Gerhard Wagner und Walter Jacobi | 82 |
| Ein doppelter Machtwechsel | 87 |
| Ernst Rüdin und Walter Jacobi | 93 |
| Das Reichsgesundheitsamt schaltet sich ein | 95 |

| | |
|---|-----|
| 5. Satzungsdiskussion und Besetzung des Beirats, Oktober 1934 bis März 1935 | 96 |
| Satzungsfragen | 96 |
| »Es wird doch gut sein, wenn dieser Verbandsfrage mal endgültig der Star gestochen wird.« Was tun mit der psychischen Hygiene? | 102 |
| »... dass die Behandlung und Pflege der Kranken nicht als unsere Hauptaufgabe von uns selbst betrachtet wird.« Der Satzungszweck | 106 |
| Netzwerken – die Besetzung des Beirats | 108 |
| »Staatsphilosophische« Reflexionen über eine »Lappalie« | 117 |
| Planungen zur Gründungsversammlung | 118 |
| 6. Die »Affäre Jacobi«, April bis August 1935 | 121 |
| Der Sturz des »Kardinalstaatssekretärs« | 121 |
| Die Berufung Heinrich Pettes zum stellvertretenden Reichsleiter | 123 |
| Letzte Vorbereitungen | 126 |
| Am Ziel. Die Gründungsversammlung der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater | 128 |
| 7. Zusammenfassung | 129 |
| C Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater, 1935–1939 | 133 |
| 1. Innere und äußere Konsolidierung | 135 |
| »... Jude? Oder sonst irgendwie nicht sauber?« | 135 |
| »Deutschenfreunde«. Ausländische Mitglieder in der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater | 150 |
| Gegen die »vielen kleinen Winkeltagungen«. Die regionalen Fachvereinigungen | 153 |
| »... Seite an Seite mit der Psychiatrie, ihr gleichberechtigt«. Heinrich Pette und die Neurologische Abteilung | 156 |
| Eine »enge Dachgemeinschaft«? Neurologie und Neurochirurgie | 159 |
| Keine »Anhängsel der Internisten«. Psychiatrie, Neurologie und Innere Medizin | 162 |
| »Links liegen lassen«. Psychiatrie, Psychotherapie und »Neue Deutsche Heilkunde« | 164 |
| »Korrekte Beziehungen zu der psychotherapeutischen Restgruppe«. Matthias H. Göring und die Zweite Jahresversammlung der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater | 167 |
| »... wenn Prof. Göring sich etwa bei uns eindringen will«. Das Reichsgesundheitsamt schaltet sich ein | 170 |
| »... dass wir nicht so eng mit den Psychiatern verbunden sind«. Das Deutsche Institut für psychologische Forschung und Psychotherapie und die internistische Arbeitsgruppe medizinischer Fachgesellschaften | 174 |
| 2. Wissenschaft und Biopolitik | 178 |
| Ziele, Mittel und Möglichkeiten | 179 |
| »Wenn noch irgendein Unsinn gesagt wird, so müsste dann eben noch einmal eine Berichtigung erfolgen.« Die Regie auf den Jahresversammlungen der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater | 181 |
| »Moderne Betrachtungsweise«. Psychiatrische Genetik auf den Jahresversammlungen der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater | 187 |
| »Energische Berücksichtigung der erbbiologischen Forschung«. Die Zeitschriften | 192 |
| »... dass uns die guten Ausländer doch keinen aufrichtigen Gegenwert dafür geben«. Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater und die internationalen Konferenzen für psychische Hygiene | 194 |
| Wissenschaftliche Politikberatung im Zusammenhang mit dem »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« | 207 |

| | |
|---|-----|
| Das Ende der »diplomatischen Vorsicht«? Das Merkblatt des Deutschen Verbandes für psychische Hygiene »zur Verhütung der erblichen Geistes- und Nervenkrankheiten«, Mai/Juni 1933 | 207 |
| »Erbbiologie und Rassenhygiene im völkischen Staat«. Der Lehrgang an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie im Januar 1934 | 210 |
| »... dass das Gesetz einen richtigen Start bekommt«. Der Erfahrungsaustausch über das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«, 1934/35 | 218 |
| »Manchmal möchte man sich die Haare ausraufen.« Das Ringen um die Deutungshoheit über den Indikationenkatalog des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« | 228 |
| »Erbbiologische Bestandsaufnahme«, »Außendienst«, »Irrenstatistik« und »Sektionspflicht« | 237 |
| »Der durch die Entmannung dem Einzelnen zugefügte Schaden ist nicht sonderlich groß«. Kastrationen nach dem »Gewohnheitsverbrechergesetz« | 244 |
| »Dass unsere Heilanstalten nicht mit Schwerverbrechern belastet werden dürfen, ist selbstverständlich.« Die Unterbringung vermindert zurechnungsfähiger Straftäter in Heil- und Pflegeanstalten | 246 |
| »Im Stadium der Erprobung« oder »Heilmethode von unschätzbarem Wert«? Die Förderung der Insulinkoma- und Cardiazolkrampftherapie | 254 |
| Die Krise der Psychiatrie | 263 |
| 3. Zusammenfassung | 266 |
| | |
| D Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater im Zweiten Weltkrieg | 271 |
| 1. Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater und die »Aktion T4« | 273 |
| »In der Schwebel«. Die Organisationsstrukturen der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater, 1939/40 | 273 |
| Exkurs: Paul Nitsche und der Plan zu einem »Ausschuss für Erbgesundheitsfragen«, 1937/38 | 280 |
| Paul Nitsche und die »Aktion T4« | 288 |
| Paul Nitsche und Ernst Rüdin | 292 |
| Die Forschungsabteilung in Brandenburg-Görden und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung | 293 |
| Die Forschungsabteilung in Wiesloch/Heidelberg und die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie | 298 |
| »Gutachter« für die »Aktion T4«: Kurt Pohlisch, Friedrich Panse, Friedrich Mauz | 303 |
| Hans Roemer – Ablehnung der »Euthanasie« und Verweigerung der Mitarbeit an der »Aktion T4« | 305 |
| Noch einmal: Ernst Rüdin und die »Euthanasie« | 309 |
| Walter Creutz – bereitwillige Mitwirkung oder teilnehmender Widerstand? | 310 |
| 2. Netzwerken gegen die »Euthanasie« – vier Fallbeispiele | 315 |
| Karsten Jaspersen – offener Protest gegen die »Euthanasie« | 315 |
| Werner Villingers Doppelspiel – Ratgeber Friedrich v. Bodelschwinghs und T4-»Gutachter« | 319 |
| Gerhard Schorsch – prinzipielle Ablehnung und praktische Mitwirkung an der »Aktion T4« | 324 |
| Hermann Grimme – Verweigerung und Austritt aus der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater | 327 |
| 3. Die Sechste Jahresversammlung der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater – ein Großereignis, das nie stattfand | 334 |
| Vorbereitungen im Jahre 1941 | 334 |
| Psychiatrie und Psychotherapie | 339 |
| Die Deutsche Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik | 344 |

| | |
|--|------------|
| Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater, das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung und das Lazarettwesen für Hirn-, Rückenmark- und Nervenverletzte | 354 |
| Was in Würzburg hätte verhandelt werden sollen | 359 |
| Vor einer Kopernikanischen Wende? Carl Schneiders Vision einer Psychiatrie der Zukunft . . . | 365 |
| Eine Jahresversammlung im Jahre 1942? | 369 |
| 4. Aktivitäten der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater in den letzten Kriegsjahren | 370 |
| »Mancher glaubte, seinem völkischen Heroismus dadurch Ausdruck verleihen zu müssen, dass er grundsätzlich für die Vernichtung der Geisteskranken eintrat«. | |
| Eine Auseinandersetzung hinter den Kulissen | 370 |
| »Forschungsfragen im Krieg« | 372 |
| Überlegungen zur Reform des Anstaltswesens | 378 |
| Ein Forschungsbericht über »Die Leistungen der deutschen Psychiatrie seit 1933« | 379 |
| »Gedanken und Anregungen betr. die künftige Entwicklung der Psychiatrie«. Lobbyarbeit bei Leonardo Conti und Karl Brandt | 384 |
| Pläne zu einer »Dienstbesprechung« im Herbst 1944 | 391 |
| 5. Zusammenfassung | 392 |
| E Zusammenfassung und Ausblick | 395 |
| Organisation und Netzwerk | 396 |
| Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater und die Erbgesundheitspolitik | 405 |
| Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater und die NS-»Euthanasie« | 413 |
| Anhang | 417 |
| Mitgliederverzeichnis des Deutschen Verbandes für psychische Hygiene, 1. Juni 1933 | 418 |
| Quellen und Literatur | 423 |
| Personenregister | 450 |

Einleitung

Forschungsstand: Wissenschaftliche Fachgesellschaften
im Nationalsozialismus – 2

Konzeptionelle Vorüberlegungen: Wissenschaft und Politik – 9

Methodologische Vorüberlegungen: Organisationen, Netzwerke,
Ressourcen, Akteure und ihre Rollen – 16

Erkenntnisleitende Fragestellungen – 20

Zum Aufbau der Arbeit – 21

Redaktionelle Hinweise – 22

Forschungsstand: Wissenschaftliche Fachgesellschaften im Nationalsozialismus

Lange Zeit haben sich wissenschaftliche Fachgesellschaften in Deutschland schwer getan, sich der eigenen Geschichte oder Vorgeschichte zur Zeit des »Dritten Reiches« zu stellen. Erst in den letzten Jahren haben verschiedene Gesellschaften verstärkte Anstrengungen unternommen, um die Forschung zur Geschichte des eigenen Fachs unter der Herrschaft des Nationalsozialismus voranzubringen, wobei die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung rassistisch und politisch missliebiger Fachkollegen und -kolleginnen, die Rolle prominenter Fachvertreter im »Dritten Reich« und die Verstrickung des eigenen Fachs in die Verbrechen des nationalsozialistischen Staates im Mittelpunkt des Interesses stehen. Spezialstudien zur Geschichte wissenschaftlicher Fachgesellschaften im Nationalsozialismus sind dagegen immer noch dünn gesät.¹

Im Bereich der Medizin sind etwa zu nennen:

- die Studie von *Sven Eppinger* zum Schicksal der deutsch-jüdischen Dermatologen im Nationalsozialismus (2001);²
- mehrere Veröffentlichungen aus dem Umfeld der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde und Jugendmedizin, insbesondere das von *Eduard Seidler* erarbeitete Kompendium zum Schicksal der verfolgten, vertriebenen und ermordeten jüdischen Kinderärzte und -ärztinnen im nationalsozialistischen Deutschland (2007);³
- zahlreiche Veröffentlichungen von *Jens Martin Rohrbach* zur Geschichte der Augenheilkunde und zur Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft im Nationalsozialismus;⁴

1 Zu wissenschaftlichen Fachgesellschaften außerhalb der Medizin vgl. z.B. Dieter Hoffmann/Mark Walker (Hg.), *Physiker zwischen Autonomie und Anpassung. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich*, Weinheim 2008 (mit Beiträgen auch zur Deutschen Mathematiker-Vereinigung und zum Verein deutscher Chemiker). Zum Bereich der Geisteswissenschaften allgemein: Frank-Rutger Hausmann/Elisabeth Müller-Luckner (Hg.), *Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich, 1933-1945*, München 2002; Frank-Rutger Hausmann, *Die Geisteswissenschaften im »Dritten Reich«*, Frankfurt/Main 2011.

2 Sven Eppinger, *Das Schicksal der jüdischen Dermatologen Deutschlands in der Zeit des Nationalsozialismus*, Frankfurt/Main 2001. Dazu auch: ders./Albrecht Scholz, *Der Einfluss emigrierter jüdischer Dermatologen aus Deutschland auf die Dermatologie in ihren Gastländern*, in: Albrecht Scholz (Hg.), *Emigrantenschicksale. Einfluss der Emigranten auf Sozialpolitik und Wissenschaft in den Aufnahmeländern*, Frankfurt/Main 2004, S. 257-261.

3 Eduard Seidler, *Jüdische Kinderärzte 1933-1945. Entrechtet – geflohen – ermordet*, erweiterte Neuauflage, Basel u.a. 2007. Dazu auch: Thomas Lennert, *Fritz Demuth (1892 Berlin – 1944 Auschwitz). Kinderarzt, Wissenschaftler, Künstler*, Berlin 2009. Zur Geschichte der Fachgesellschaft: Adolf Windorfer/Rolf Schlenk, *Die Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde. Ihre Entstehung und historische Entwicklung*, Berlin u.a. 1978; Ute Jahnke-Nückles, *Die Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus*, Diss. Freiburg 1992; *125 Jahre Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V. 1883-2008*, Berlin 2008. Die »Erklärung der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V. (DGKJ) anlässlich der Gedenkveranstaltung am 18. September 2010 in Potsdam« in: *Monatsschrift für Kinderheilkunde* 159 (2011), Suppl. 1, S. 4 f. Dazu auch das Buch zur Ausstellung: Thomas Beddies (Hg.), *Im Gedenken der Kinder. Die Kinderärzte und die Verbrechen an Kindern in der NS-Zeit/In Memory of the Children: Pediatricians and Crimes against Children in the Nazi Period*, Berlin 2012.

4 Jens Martin Rohrbach, *Augenheilkunde im Nationalsozialismus*, Stuttgart 2007. Dazu auch: ders., *Die Deutsche Ophthalmologische Gesellschaft (DOG) im Nationalsozialismus*, in: *Klinische Monatsblätter für Augenheilkunde* 223 (2006), S. 869-876; ders., *Die DOG im »Dritten Reich« (1933-1945)*, in: *Visus und Visionen. 150 Jahre DOG*, Köln 2007, S. 33-62; ders., *Deutsche Augenärzteschaft und NSDAP*, in: *Sudhoffs Archiv* 92 (2008), S. 1-19; ders./D. Süßkind/U. Henninghausen, *Jüdische Augenärzte im Nationalsozialismus. Eine Gedenkliste*, in: *Klinische Monatsblätter für Augenheilkunde* 228 (2011), S. 70-83; ders., *Die Augen Hitlers*, in: ebd., S. 644-650; ders., *Das Ende der »demokratischen Augenheilkunde« (1928-1933)*, in: ebd. 229 (2012), S. 735-744; ders., *Augenärzte im Umfeld Adolf Hitlers*, in: ebd., S. 1036-1044; ders./U. Henninghausen/P. Gass, *Jüdische Augenärzte im Nationalsozialismus – Aktualisierung der »Gedenkliste«*, in: ebd., S. 1235-1237; ders./C. Thies, *Zum 75. Jahrestag des Approbationsentzugs und der »Reichspogromnacht« – jüdische Augenärzte im Nationalsozialismus*, in: ebd. 230 (2013), S. 939-941.

- der im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Urologie von *Matthis Krischel, Friedrich Moll, Julia Bellmann, Albrecht Scholz* und *Dirk Schultheiss* herausgegebene zweibändige Sammelband »Urologen im Nationalsozialismus« (2011), der auch mehrere Beiträge und zahlreiche Dokumente zu den urologischen Fachgesellschaften in Deutschland und Österreich im Nationalsozialismus enthält,⁵
- der von *Michael Sachs, Heinz-Peter Schmiedebach, Rebecca Schwoch* und *Hans-Ulrich Steinau* besorgte Sammelband über die Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie zwischen 1933 und 1945 (2011);⁶
- die Arbeiten von *Peter Voswinckel* aus der 2012 eingerichteten Forschungsstelle zur Dokumentation der Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie;⁷
- der von *Wolfgang Frobenius* und anderen veröffentlichte Sammelband zur Geschichte der Bayerischen Gesellschaft für Geburtshilfe und Frauenheilkunde (2012);⁸
- neue Forschungen insbesondere von *Sabine Hildebrandt* und *Andreas Winkelmann* zur Anatomischen Gesellschaft (2012),⁹
- die von der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin und Umweltmedizin in Auftrag gegebene, kürzlich erschienene Monographie von *Philipp Rauh* und *Karl-Heinz Leven* über *Ernst Wilhelm Baader* (1892-1962) und die Arbeitsmedizin im Nationalsozialismus;¹⁰

5 Matthis Krischel/Friedrich Moll/Julia Bellmann/Albrecht Scholz/Dirk Schultheiss (Hg.), *Urologen im Nationalsozialismus. Zwischen Anpassung und Vertreibung*, 2 Bde., Berlin 2011 (darin vor allem: Heiner Fangerau, *Urologie im Nationalsozialismus – Eine medizinische Fachgesellschaft zwischen Professionalisierung und Vertreibung*, Bd. 1, S. 13-21; Matthis Krischel, *Gleichschaltung und Selbstgleichschaltung der deutschen Urologie im Nationalsozialismus*, Bd. 1, S. 23-39; Michael Hubenstorf, *Urologie und Nationalsozialismus in Österreich*, Bd. 1, S. 139-172; dazu die Dokumente in Bd. 2, S. 147-263). Konventionelle Darstellung: Fritz Schultze-Seemann, *Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Urologie*, Berlin u.a. 1986, S. 91-115.

6 Michael Sachs/Heinz-Peter Schmiedebach/Rebecca Schwoch/Hans-Ulrich Steinau/H. Bauer (Hg.), *Deutsche Gesellschaft für Chirurgie 1933-1945. Die Präsidenten*, Heidelberg 2011. Vgl. auch Hans-Jürgen Peiper, *Das Langenbeck-Virchow-Haus im Spiegel der Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie*, Reinbek 2001, S. 73-76.

7 Peter Voswinckel, 1937 – 2012. *Die Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie im Spiegel ihrer Ehrenmitglieder/ »Verweigerter Ehre«*. Dokumentation zu Hans Hirschfeld, Berlin 2012; ders. *Erinnerungsort Krebsbaracke. Klarstellungen um das erste interdisziplinäre Krebsforschungsinstitut in Deutschland* (Berlin, Charité), Berlin 2014. Voswinckel verfasste auch schon die erste monographische Darstellung zur Geschichte dieser Fachgesellschaft anlässlich ihres fünfzigjährigen Bestehens: Peter Voswinckel, *50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie*, Herzogenrath 1987.

8 Christoph Anthuber/Matthias Wilhelm Beckmann/Johannes Dietl/Fritz Dross/Wolfgang Frobenius/Florian Bruns (Hg.), *Herausforderungen. 100 Jahre Bayerische Gesellschaft für Geburtshilfe und Frauenheilkunde*, Stuttgart 2012 (vor allem die Beiträge von Wolfgang U. Eckart, *Frau und Frauenheilkunde im Nationalsozialismus. Anmerkungen zum Themenfeld, offene Fragen*, S. 87-94; Fritz Dross, »Von den Juden, die nicht mehr in der Gesellschaft sein dürfen...« – »Gleichschaltung« und »Arisierung« am Beispiel der BGGF, S. 95-114; Wolfgang Frobenius, *BGGF-Ehrenmitglieder und das »Dritte Reich«*, S. 115-137; Gabriele Czarnowski, *Österreichs »Anschluss« an Nazi-Deutschland und die österreichische Gynäkologie*, S. 138-148). Konventionelle Darstellungen: Manfred Straube, *Gynäkologie im Nationalsozialismus*, in: *Archiv für Gynäkologie* 257 (1995), S. 751-771; Rolf Kreienberg/Hans Ludwig, *125 Jahre Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe. Werte, Wissen, Wandel*, Berlin u.a. 2011.

9 Sabine Hildebrandt/Christoph Redies (Hg.), *Anatomy in the Third Reich*, in: *Annals of Anatomy* 194 (2012), H. 3, S. 225-314 (darin besonders: Andreas Winkelmann, *The Anatomische Gesellschaft and National Socialism. A Preliminary Analysis Based on the Society Proceedings*, S. 243-250; Sabine Hildebrandt, *Anatomy in the Third Reich: Careers Disrupted by National Socialist Policies*, S. 251-266).

10 Philipp Rauh/Karl-Heinz Leven, *Ernst Wilhelm Baader (1892-1962) und die Arbeitsmedizin im Nationalsozialismus*, Frankfurt/Main u.a. 2013. Ernst Wilhelm Baader war Gründungspräsident der 1962 ins Leben gerufenen Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin und Umweltmedizin.

- die ersten Ergebnisse des Projekts zur Deutschen Röntgengesellschaft von *Gabriele Moser* (2014)¹¹ sowie
- der von *Ralf Forsbach* und *Hans-Georg Hofer* erarbeitete Katalog über »Die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin in der NS-Zeit« (2015).¹²

Projekte zu anderen medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaften laufen derzeit noch.¹³

Auch die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) – so der aktuelle Name der Fachgesellschaft – tat sich lange Zeit schwer mit der Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Fachs im Nationalsozialismus.¹⁴ Nach ersten Ansätzen in den 1990er Jahren¹⁵ setzte die von *Michael v. Cranach* konzipierte, 1999 auf dem Kongress der *World Psychiatric Association* in Hamburg erstmals gezeigte Ausstellung »In Memoriam« ein erstes Zeichen, auch wenn die Geschichte der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater hier noch nicht explizit thematisiert wurde.¹⁶ 2009 beschloss die Mitgliederversammlung eine Satzungsänderung, mit der sich die DGPPN zu ihrer »besonderen Verantwortung« bekennt, »die ihr aus der Beteiligung ihrer Vorläuferorganisationen an den Verbrechen des Nationalsozialismus, an massenhaften Krankentötungen und Zwangssterilisationen erwachsen.«¹⁷ Daraufhin wurde eine internationale Historiker-

11 Gabriele Moser, *Radiology in the Nazi Era: Part 1. The State, Citizens, and Marginalization: Normality in the Nazi State*, in: *Strahlentherapie und Onkologie* 190 (2014), S. 502-508; dies., *Radiology in the Nazi Era: Part 2. Professionalization, Preservation of Status, and Service to »National Health«*, in: ebd., S. 508-512.

12 Ralf Forsbach/Hans-Georg Hofer, *Die Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin in der NS-Zeit. Ausstellung aus Anlass des 121. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin*, 18.-21. April 2015 in Mannheim, Wiesbaden 2015.

13 So etwa zur Deutschen Gesellschaft für Herz- und Kreislaufforschung (Timo Baumann, Düsseldorf) oder – im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Pathologen e.V. – zur Geschichte der Pathologie im 20. Jahrhundert (Nils M. Franke, Leipzig). – Im Bereich der Inneren Medizin liegt bisher vor: Alexander Schulz, *Für die Einheit der Inneren Medizin. 125 Jahre Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin e.V., Wiesbaden o.J. [2007]* (zur NS-Zeit: S. 93-102). Derzeit läuft am Medizin-historischen Institut der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ein von der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin gefördertes Projekt zur Geschichte dieser Fachgesellschaft im Nationalsozialismus (Hans-Georg Hofer/Ralf Forsbach). – Im Bereich der Orthopädie: Klaus-Dieter Thomann/M. Rauschmann, *Orthopäden und Patienten unter der nationalsozialistischen Diktatur*, in: *Der Orthopäde* 30 (2001), S. 696-711; dies./M.C. Heine, *Die Deutsche Orthopädische Gesellschaft von 1918-1932. Entwicklungen und Strömungen*, in: ebd., S. 685-695. Für den Bereich der Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie: Volker Thieme, *Gedemütigt, entwürdigt, verstümmelt – die »rassenhygienische Ausmerz« der Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalten. Studie zur Situation der Betroffenen und zur Position der Ärzte im Dritten Reich; Teil I und II*, in: *Der MKG-Chirurg* 5 (2012), S. 52-61, 62-69. – Als Überblick demnächst: Dominik Groß/Matthias Krischel/Matthias Schmidt, *Medizinische Fachgesellschaften im Nationalsozialismus – Bestandsaufnahme und Perspektiven*.

14 Zum Folgenden ausführlich: Frank Schneider, *Psychiatrie im Nationalsozialismus: Gedenken und Verantwortung*, in: ders./Petra Lutz, *erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus. Ausstellungskatalog/registered, persecuted, annihilated. The Sick and the Disabled under National Socialism: Exhibition Catalogue*, Berlin u.a. 2014, S. 203-212.

15 In einem Vortrag, den *Johannes Meyer-Lindenberg*, der Präsident der Fachgesellschaft, auf dem Psychiatrischen Weltkongress 1990 in Athen und noch einmal vor der *American Psychiatric Association* 1991 hielt, wurde bereits die Bildung einer Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater angekündigt (Johannes Meyer-Lindenberg, *The Holocaust and German Psychiatry*, in: *British Journal of Psychiatry* 159 (1991), S. 7-12). Auf dem Jubiläumskongress im Jahre 1992 in Köln unter der Präsidentschaft von *Uwe Henrik Peters* verabschiedete die Mitgliederversammlung eine Resolution, in der die Gesellschaft »ihren Abscheu und ihre Trauer im Rückblick auf den Holocaust an Geisteskranken, Juden und anderen verfolgten Menschen« (zit. n. Schneider, *Psychiatrie*, S. 206) zum Ausdruck brachte. Als frühes Beispiel für eine Initiative aus der Fachgesellschaft, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen: Hanfried Helmchen, *Research with Incompetent Patients. A Current Problem in Light of German History*, in: *European Psychiatry* 13 (1998), S. 93s-100s.

16 Die Ausstellung wurde mittlerweile in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte München erweitert und auf dem Kongress der DGPPN 2010 gezeigt. Michael v. Cranach/Frank Schneider, *In Memoriam. Erinnerung und Verantwortung. Ausstellungskatalog/Remembrance and Responsibility: Exhibition Catalogue*, Berlin u.a. 2011.

17 Zit. n. Schneider, *Psychiatrie*, S. 207.

kommission zur Aufarbeitung der Geschichte der Vorläufergesellschaften zur Zeit des Nationalsozialismus eingesetzt. Mit der Durchführung wurden *Rakefet Zalashik* (Haifa) – sie befasst sich mit der Emigration jüdischer Psychiater aus dem nationalsozialistischen Deutschland¹⁸ – und Hans-Walter Schmuhl (Bielefeld) betraut. Die vorliegende Studie präsentiert die Befunde des Projekts zur Geschichte der Vorläufergesellschaften der DGPPN im Nationalsozialismus.¹⁹

Auf den jährlichen Kongressen der DGPPN finden seither regelmäßig wissenschaftliche Symposien statt, um Themen aus dem Umfeld des Projektes zu diskutieren – daraus entstanden 2012 und 2013 zwei Schwerpunktheft der Fachzeitschrift »Der Nervenarzt« zu den Themen »Psychiater im Nationalsozialismus: Täterbiographien«²⁰ sowie »Beispiele für Zivilcourage«.²¹ 2012 fand zudem in Aachen ein Symposium zum »therapeutischen Aufbruch« in der Psychiatrie der Zwischenkriegszeit im internationalen Vergleich statt, aus dem ein Sammelband hervorgegangen ist.²² Parallel zu der geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung setzte die DGPPN wichtige Zeichen in der Öffentlichkeit. Der damalige Präsident der DGPPN, Prof. Dr. *Frank Schneider*, bat anlässlich einer sehr gut besuchten Gedenkveranstaltung im Rahmen des Kongresses 2010 die Opfer und ihre Angehörigen »um Verzeihung für das Leid und das Unrecht, das Ihnen in der Zeit des Nationalsozialismus im Namen der deutschen Psychiatrie und von deutschen Psychiaterinnen und Psychiatern angetan wurde, und für das viel zu

18 Rakefet Zalashik, Psychiater als Flüchtlinge in Palästina (1933 bis 1945), in: *Der Nervenarzt* 84 (2013), S. 869-873; dies., *Das unselige Erbe. Die Geschichte der Psychiatrie in Palästina, 1920-1960*, Frankfurt/Main 2012.

19 Außer den in den Anmerkungen 18, 20, 21 und 22 genannten Titeln sind im Umfeld des Forschungsprojektes entstanden: Volker Roelcke, *Psychiatrie im Nationalsozialismus: Historische Kenntnisse, Implikationen für aktuelle ethische Debatten*, in: *Der Nervenarzt* 81 (2010), S. 1317-1325; Paul J. Weindling, »Jeder Mensch hat einen Namen«: Psychiatric Victims of Human Experiments under National Socialism, in: *Die Psychiatrie* 7 (2010), S. 255-60; Heinz-Peter Schmiedebach, *The Reputation of Psychiatry in the First Half of the Twentieth Century*, in: *European Archives of Psychiatry and Clinical Neuroscience* 261 (2011), Suppl. 2, S. 192-196; Hans-Walter Schmuhl, »Resources for each other.« The Society of German Neurologists and Psychiatrists and the Nazi »Health Leadership«, in: ebd., S. 197-201; Carola Sachse, *Apology, Responsibility, Memory. Coming to Terms with Nazi Medical Crimes: The Example of the Max Planck Society*, in: ebd., S. 202-206; Paul J. Weindling, *Menschenversuche und »Euthanasie«*. Das Zitieren von Namen, historische Aufarbeitung und Gedenken, in: *Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen »Euthanasie« und Zwangssterilisation* (Hg.), *Den Opfern ihre Namen geben. NS-»Euthanasie«-Verbrechen, historisch-politische Verantwortung und Erinnerungskultur*, Bad Issee 2011, S. 115-132; Volker Roelcke, *Die Etablierung der psychiatrischen Genetik, ca. 1900-1960: Wechselbeziehungen zwischen Psychiatrie, Eugenik und Humangenetik*, in: *Brigitte Lohff/Christine Wolters/Christoph Beyer* (Hg.), *Abweichung und Normalität: Psychiatrie in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Deutschen Einheit*, Münster 2012, S. 107-131; Hans-Walter Schmuhl, *Psychiatrie und Politik. Die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater im Nationalsozialismus*, in: ebd., S. 137-157; Paul J. Weindling, *Die Opfer von Menschenversuchen und gewaltsamer Forschung im Nationalsozialismus mit Fokus auf Geschlecht und Rasse. Ergebnisse eines Forschungsprojektes*, in: *Insa Eschebach/Astrid Ley* (Hg.), *Geschlecht und »Rasse« in der NS-Medizin*, Berlin 2012, S. 81-99.

20 *Der Nervenarzt* 83 (2012), S. 291-336 (darin: Volker Roelcke/Frank Schneider, *Psychiater im Nationalsozialismus. Täterbiographien*, S. 291 f.; Boris Böhm, *Paul Nitsche – Reformpsychiater und Hauptakteur der NS-»Euthanasie«*, S. 293-302; Volker Roelcke, *Ernst Rüdin – renommierter Wissenschaftler, radikaler Rassenhygieniker*, S. 303-310; Maïke Rotzoll/Gerrit Hohendorf, *Krankenmord im Dienst des Fortschritts? Der Heidelberger Psychiater Carl Schneider als Gehirnforscher und »therapeutischer Idealist«*, S. 311-320; Gudrun Silberzahn-Jandt/Hans-Walter Schmuhl, *Friedrich Mauz – T4-Gutachter und Militärpsychiater*, S. 321-328; Ralf Forsbach, *Friedrich Panse – etabliert in allen Systemen. Psychiater in der Weimarer Republik, im »Dritten Reich« und in der Bundesrepublik*, S. 329-336).

21 *Der Nervenarzt* 84 (2013), S. 1041-1074 (darin: Frank Schneider/Volker Roelcke, *Psychiatrie im Nationalsozialismus*, S. 1041 f.; Ralf Seidel, *Werner Leibbrand als psychiatrischer Gegner des Nationalsozialismus*, S. 1043-1048; Christoph Beyer, *Gottfried Ewald und die »Aktion T4« in Göttingen*, S. 1049-1055; Christine Teller, *Hier brennt doch die Welt*. 70. Todestag des Nervenarztes Dr. John Rittmeister, S. 1056-1063; Volker Roelcke, *Hans Roemer (1878-1947). Überzeugter Eugeniker, Kritiker der Krankentötungen*, S. 1064-1068; Hans-Walter Schmuhl, *Walter Creutz und die »Euthanasie« in der Rheinprovinz. Zwischen Resistenz und Kollaboration*, S. 1069-1074). – Vgl. auch: *Der Nervenarzt* 73 (2002), Heft 11 mit einem Themenschwerpunkt zur Psychiatrie im Nationalsozialismus.

22 Hans-Walter Schmuhl/Volker Roelcke (Hg.), *»Heroische Therapien«. Die deutsche Psychiatrie im internationalen Vergleich 1918-1945*, Göttingen 2013.

lange Schweigen, Verharmlosen und Verdrängen der deutschen Psychiatrie in der Zeit danach.«²³ 2011 beschloss die Mitgliederversammlung der DGPPN, den beiden früheren Präsidenten der Gesellschaft *Friedrich Mauz* (1900-1979) und *Friedrich Panse* (1899-1973) posthum die Ehrenmitgliedschaft abzu-erkennen, da sie als Gutachter der »Aktion T4« aktiv an dem Massenmord an psychisch erkrankten und geistig behinderten Menschen im »Dritten Reich« beteiligt waren. Die DGPPN förderte ferner die Neuauflage des wichtigen Buches »Selektion in der Heilanstalt 1939-1945« von *Gerhard Schmidt* (1904-1991).²⁴ Schließlich entstand auf Initiative der DGPPN die Ausstellung »erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus«.²⁵

Die Geschichte der psychiatrisch-neurologischen Fachgesellschaften unter den Bedingungen nationalsozialistischer Herrschaft – des Deutschen Vereins für Psychiatrie, des Deutschen Verbandes für psychische Hygiene, der Gesellschaft Deutscher Nervenärzte und schließlich der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater, die 1935 aus dem Zusammenschluss dieser drei Gesellschaften hervorging – ist in der umfangreichen Literatur zur Geschichte der Psychiatrie im Nationalsozialismus bislang eher beiläufig behandelt worden. In seiner 1972 veröffentlichten Jubiläumsschrift »130 Jahre Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde« hat *Helmut E. Ehrhardt* (1914-1997) der Zeit von 1933 bis 1945 ganze drei Seiten eingeräumt, deren apologetische Tendenz unverkennbar ist.²⁶

Die Studien »Psychotherapy in the Third Reich« von *Geoffrey Cocks* und »Erinnern und Durcharbeiten« von *Regine Lockot* behandeln eingehend die Konflikte zwischen Psychotherapie und Psychiatrie im »Dritten Reich«, die sich nicht zuletzt in einem Ringen zwischen den Fachgesellschaften – der (Deutschen) Allgemeinen Ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie und der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater – niederschlugen. Doch nehmen die Darstellungen Cocks und Lockots einseitig die Perspektive der Psychotherapeuten in den Blick, was zu manchen Verzerrungen führt.²⁷ *Matthias M. Weber* hat in seiner Biographie über *Ernst Rüdin* (1874–1952) – in erster Linie gestützt auf die Quellen des Historischen Archivs des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in München – die Entstehung und Entwicklung der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater von 1933 bis 1939 aus der Perspektive ihres »Reichsleiters« Ernst Rüdin in einem eigenen Unterkapitel behandelt.²⁸ Es ist dies die bis dahin quellenreichste Darstellung, erlaubt sie doch, indem sie auf Aktenmaterial zurückgreift, einen Blick hinter

23 Frank Schneider (Hg.), *Psychiatrie im Nationalsozialismus. Erinnerung und Verantwortung*. Gedenkveranstaltung 26. November 2010/Psychiatry under National Socialism. Remembrance and Responsibility. Commemorative Event, Berlin u.a. 2011, Zitat: S. 37.

24 Gerhard Schmidt, *Selektion in der Heilanstalt 1939-1945*. Neuausgabe mit ergänzenden Texten, hg. v. Frank Schneider, Berlin u.a. 2012. Dieses Buch wurde 1945 geschrieben, 1965 erstmals veröffentlicht. – Frank Schneider war auch beteiligt an der Veröffentlichung des Buches von: Sigrid Falkenstein (unter Mitarbeit von Frank Schneider), *Annas Spuren. Ein Opfer der NS-»Euthanasie«*, München 2012.

25 Schneider/Lutz, *erfasst, verfolgt, vernichtet*. Dazu auch: *Menschen mit Behinderungen oder mit Nerven-Krankheiten in der Nazi-Zeit*. Leicht verständliches Begleit-Heft zur Ausstellung erfasst, verfolgt, vernichtet, Berlin 2014.

26 Helmut E. Ehrhardt, *130 Jahre Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde*, Wiesbaden 1972, S. 12-15. Helmut E. Ehrhardt promovierte nach einem Studium der Medizin, Psychologie, Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte 1939 zum Dr. phil., 1941 zum Dr. med. Ab 1940 war er an der medizinischen Poliklinik, am Physiologischen Institut und an der Universitätsnervenklinik unter Werner Villinger beschäftigt. Der NSDAP gehörte er seit 1937 an. Er war ärztlicher Beisitzer am Erbgesundheitsgericht in Breslau. 1949 wurde er wissenschaftlicher Assistent an der Universität Marburg, wo er 1950 im Fach Psychiatrie und Neurologie habilitierte. 1956 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt, 1964 auf den neu geschaffenen Lehrstuhl für Forensik und Sozialpsychiatrie berufen, den er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1982 innehatte. Von 1969 bis 1971 amtierte Ehrhardt als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde. Zur Biographie: Ernst Klee, *Das Personenlexikon zum Dritten Reich*. Wer war vor und nach 1945, Frankfurt/Main 2003, S. 127.

27 Geoffrey Cocks, *Psychotherapy in the Third Reich: The Göring Institute* (1985), 2. Aufl. New Brunswick/London 1997; Regine Lockot, *Erinnern und Durcharbeiten*. Zur Geschichte der Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1985.

28 Matthias M. Weber, *Ernst Rüdin*. Eine kritische Biographie, Berlin u.a. 1993, S. 223-236.

die Kulissen der in den gedruckten Quellen dargebotenen offiziellen Organisationsgeschichte – allerdings kann sie, da Rüdins Tätigkeit in der Fachgesellschaft nur einen Aspekt seiner Biographie ausmacht, nur einen Bruchteil des in München zur Verfügung stehenden Materials im Detail auswerten. Das Gegenstück zu der Darstellung Webers bildet ein Abschnitt in der Monographie über *Karl und Dietrich Bonhoeffer* (1868-1948, 1906-1945) und ihre Stellung zur Zwangssterilisation und »Euthanasie« von *Uwe Gerrens*, der den Machtkampf um die Vorherrschaft im Deutschen Verein für Psychiatrie zwischen Karl Bonhoeffer und Ernst Rüdin in den Jahren 1933/34 aus der Sicht Bonhoeffers und gestützt auf dessen Nachlass schildert.²⁹ Da diese Darstellungen das Thema aber nur am Rande behandeln und jeweils nur einen Ausschnitt des zur Verfügung stehenden, dichten archivalischen Materials berücksichtigen, stellen sie manches verkürzt dar und sind im Hinblick auf einzelne Details auch ungenau oder falsch.

In ihrer medizinhistorischen Dissertation aus dem Jahre 2000 hat *Sabine Fellmann* erstmals *alle* neurologisch-psychiatrischen Fachgesellschaften in Deutschland zwischen 1933 und 1945 – den Deutschen Verein für Psychiatrie, den Deutschen Verband für psychische Hygiene, die Gesellschaft Deutscher Nervenärzte, die Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater, die Deutsche Allgemeine Ärztliche Gesellschaft für Psychotherapie und auch die Deutsche Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik – zum Gegenstand einer einzigen umfassenden Darstellung gemacht.³⁰ Leider stützt sich diese rein positivistisch angelegte Arbeit fast ausschließlich auf die veröffentlichten Tagungs- und Versammlungsberichte, so dass sie über weite Strecken der Selbstdarstellung der Gesellschaften aufsitzt und diese Oberfläche kaum einmal zu durchdringen vermag. In den letzten Jahren ist die Geschichte des Deutschen Verbandes für psychische Hygiene im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus im Zusammenhang mit einzelnen Protagonisten – Robert Sommer, Hermann Simon, Hans Roemer – thematisiert worden.³¹ 2003 legten *Rolf Castell*, *Jan Nedoschill*, *Madeleine Rupps* und *Dagmar Bussiek* eine umfangreiche Studie zur »Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland in den Jahren 1937 bis 1961« vor, die ausführlich auch auf die Zeit des »Dritten Reiches« eingeht und die Verbindungen der 1940 gegründeten Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik zur Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater untersucht.³² Darüber hinaus hat die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie jüngst ein Forschungsprojekt zur Entstehungs- und Frühgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik von 1940 bis 1955 auf den Weg gebracht, das von *Heiner Fangerau*, *Klaus Schepker* und *Sascha Topp* durchgeführt wird.

In der umfangreichen Literatur über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Nationalsozialismus zeichnen sich mehrere äußerst wirkmächtige Interpretationsfiguren ab. Viele, gerade ältere Darstellungen unterstellen – einem Narrativ folgend, das durch die »Persilscheinkultur«³³ nach

29 Uwe Gerrens, *Medizinisches Ethos und theologische Ethik. Karl und Dietrich Bonhoeffer in der Auseinandersetzung um Zwangssterilisation und »Euthanasie« im Nationalsozialismus*, München 1996, S. 63-74.

30 Sabine Fellmann, *Die Tätigkeit der medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften und Vereine im Bereich der Neurologie und Psychiatrie in Deutschland zwischen 1933 und 1945*, med. Diss. Leipzig 2000.

31 Bernd Walter, *Psychiatrie und Gesellschaft in der Moderne. Geisteskrankenfürsorge in der Provinz Westfalen zwischen Kaiserreich und NS-Regime*, Paderborn 1996, S. 286-296; Volker Roelcke, »Prävention« in Hygiene und Psychiatrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Krankheit, Gesellschaft, Vererbung und Eugenik bei Robert Sommer und Emil Gotschlich, in: Ulrich Enke (Hg.), *Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen: Institutionen, Akteure und Ereignisse von der Gründung 1607 bis ins 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2007, S. 395-416; Anna Plezko, *Handlungsspielräume und Zwänge in der Medizin im Nationalsozialismus. Das Leben und Werk des Psychiaters Dr. Hans-Roemer (1878-1947)*, med. Diss. Gießen 2011, S. 22-35.

32 Rolf Castell/Jan Nedoschill/Madeleine Rupps/Dagmar Bussiek, *Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland in den Jahren 1937 bis 1961*, Göttingen 2003, S. 34-87.

33 Dazu etwa: Carola Sachse, »Persilscheinkultur«. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft, in: Bernd Weisbrod (Hg.), *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*, Göttingen 2002, S. 223-252; dies., »Whitewash Culture«. How the Kaiser Wilhelm/Max Planck Society Dealt with the Nazi Past, in: Susanne Heim/Carola Sachse/Mark Walker (Hg.), *The Kaiser Wilhelm Society under National Socialism*, Cambridge 2009, S. 373-399.

1945 einen kräftigen Auftrieb bekam – einen gewaltsamen »Einbruch« der Politik in die Sphäre der Wissenschaft. Demnach wurden die Wissenschaften im Nationalsozialismus von oben »gleichgeschaltet« und für die verbrecherischen Ziele des Regimes »in Dienst genommen« und »missbraucht«. Andere Darstellungen gehen hingegen von einer »Selbstgleichschaltung« und »Selbstmobilisierung« der Wissenschaften aus. Solche Deutungen machen mitunter eine besondere Affinität einzelner wissenschaftlicher Disziplinen oder Subdisziplinen oder bestimmter Forschungsansätze zur nationalsozialistischen Ideologie aus. Weit verbreitet ist eine Sichtweise, die auf die besondere Rolle einzelner Wissenschaftler abhebt, die sich – sei es aus ideologischer Verblendung, politischem Opportunismus oder persönlichem Ehrgeiz – »in den Dienst des Regimes stellten«. ³⁴ Dabei wird häufig unterstellt, dass diese »schwarzen Schafe« eine »schlechte Wissenschaft« betrieben hätten – nicht nur in dem Sinn, dass ihre Forschungen moralisch verwerflich und ethisch unzulässig waren, sondern darüber hinaus auch in dem Sinn, dass sie den methodischen Standards »guter Wissenschaft« nicht entsprochen hätten. Nicht selten werden solche Forschungen sogar als »Pseudowissenschaft« ³⁵ eingestuft. Auf diese Weise werden einzelne Wissenschaftsfelder, die eng mit den Staatsverbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands verbunden waren, gleichsam aus der Sphäre der Wissenschaft herausdefiniert – im Umkehrschluss kann daraus gefolgert werden, dass der *Mainstream* der Wissenschaft, etwa im Bereich der vermeintlich anwendungsfernen »Grundlagenforschung« ³⁶ – auch unter nationalsozialistischer Herrschaft das wissenschaftliche Ethos wahren und die methodischen Standards halten konnte.

Allen diesen Interpretationsfiguren ist gemeinsam, dass das Zusammengehen von Wissenschaft und Politik »häufig in einem Diskurs abgehandelt [wird], der dem des biblischen Sündenfalls ähnelt.« ³⁷ Hier wird eine starke normative Aufladung sichtbar – die immer noch äußerst wirkmächtige »Idealvorstellung«, dass Wissenschaft sich nicht auf die Sphäre des Politischen einlassen dürfe. Je tiefer die historische Analyse vordringt, umso deutlicher zeichnet sich indessen ab, dass Wissenschaft und Politik in allen gesellschaftlichen Systemen in einem komplexen Wechselwirkungsverhältnis stehen. Diesem Denkansatz, der sich als äußerst fruchtbar erwiesen hat, weiß sich auch die vorliegende Studie verpflichtet. ³⁸

34 Volker Roelcke spricht im Zusammenhang mit diesem – in der Psychiatrie in den frühen 1960er Jahren aufkommenden – Interpretationsmuster von einem »Isolation Paradigm«, dem nach dem gesellschaftlichen Um- und Aufbruch von 1968 ein »Continuity Paradigm« entgegengesetzt wurde, das die Medizinverbrechen des Nationalsozialismus als äußerste Zuspitzung von Tendenzen deutet, die dem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem inhärent seien. Seit Mitte der 1990er Jahre – so Roelcke – setzt sich eine differenzierte, mikrohistorisch ausgerichtete Sichtweise durch, die er als »Complex-Localizing Paradigm« bezeichnet. Volker Roelcke, *Trauma or Responsibility? Memories and Historiographies of Nazi Psychiatry in Postwar Germany*, in: Austin Sarat/Nadav Davidovich/Michal Alberstein (Hg.), *Trauma and Memory. Reading, Healing, and Making Law*, Stanford 2007, S. 225-242.

35 Diese Sichtweise wurde schon durch das von Robert K. Merton (1910-2003) zur Zeit des Nationalsozialismus aufgestellte CUDOS-Prinzip (*communitarianism, universalism, disinterestedness, organized scepticism* als Merkmale »echter« Wissenschaft) eröffnet. Vgl. Robert K. Merton, *Social Theory and Social Structure. Toward the Codification of Theory and Research*, Glencoe 1949. – Zum Konzept der »Pseudowissenschaft«: Veronika Lipphardt/Dirk Rupnow/Jens Thiel u.a. (Hg.), *Pseudowissenschaft. Konzeptionen von Nicht-Wissenschaftlichkeit in der Wissenschaftsgeschichte*, Frankfurt/Main 2008 (darin vor allem auch: Sabine Schleiermacher/Udo Schagen, *Medizinische Forschung als Pseudowissenschaft. Selbstreinigungsrituale der Medizin nach dem Nürnberger Ärzteprozess*, S. 251-278).

36 Carola Sachse, *Grundlagenforschung. Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945-1970)*, in: Dieter Hoffmann/Birgit Kolboske/Jürgen Renn (Hg.), *Dimensionen einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft*, Berlin 2014, S. 215-235.

37 Mitchell G. Ash, *Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 11-46, Zitat: S. 11. Vgl. ebd., S. 17 f.

38 Die folgenden konzeptuellen Überlegungen knüpfen an mehrere grundlegende Arbeiten zu diesem Themenkomplex an: Peter Weingart, *Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 12 (1983), S. 225-241; ders., *Stunde der Wahrheit. Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist 2001; Lutz Raphael, *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 165-193; Mitchell G. Ash, *Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander*, in: *Rüdiger*

Konzeptionelle Vorüberlegungen: Wissenschaft und Politik

Die Vorstellung, dass »Wissenschaft« und »Politik« zwei in sich geschlossene, voneinander getrennte gesellschaftliche Subsysteme seien, von denen das eine, die Wissenschaft, der Generierung von methodisch reflektiertem Wissen, das andere, die Politik, der Errichtung und Aufrechterhaltung legitimer Herrschaft diene,³⁹ ist mehr Wunsch als Wirklichkeit, auch wenn die Autonomie der Wissensproduktion, also die Freiheit der Forschung von politischen Vorgaben und Beschränkungen, für das Selbstverständnis moderner Wissenschaft von grundlegender Bedeutung ist. Die Wissenschaft erhebt den Anspruch, über ihre Gegenstände, Fragestellungen, Paradigmen und Methoden frei zu entscheiden. Indem jedoch die Wissenschaft von ihrer Binnenlogik her keine Grenze der Wissensproduktion anerkennen kann, dehnt sie sich früher oder später in Bereiche hinein aus, die andere gesellschaftliche Subsysteme und die in ihnen herrschenden Ordnungen im Kern berühren. Dies gilt in hohem Maße für die »Humanwissenschaften«, die »den Menschen in seinen gegenwärtigen Lebenszusammenhängen«⁴⁰ erforschen, und insbesondere für die hier interessierenden »Psychowissenschaften«,⁴¹ die den Menschen in seinen *biopsychosozialen* Bezügen untersuchen – etwa die Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik, Psychologie, Psychagogik, Neurologie, Hirnforschung oder Kriminologie. Kommt die Forschung auf diesen Gebieten zu wissenschaftlich »gesicherten« Befunden, aus denen sich schlussfolgern lässt, dass bestehende soziale Institutionen im Hinblick auf allgemein anerkannte Ziele und Zwecke der Gesellschaft dysfunktional sind – dass etwa »psychische Gesundheit« durch das überkommene Ehe- und Familienrecht, die Organisation des Bildungswesens, Stressfaktoren der industriellen Arbeitswelt oder der modernen Großstadt, die Fehlallokation von Sozialleistungen oder eine einseitige Ausrichtung des Gesundheitswesens beeinträchtigt wird (um nur wenige Beispiele zu nennen, die Reihe ließe sich nahezu beliebig fortsetzen) –, so geraten diese Institutionen und die ihnen zugrunde liegenden Normen und Werte, Regeln und Praktiken, die Gesetzgebung und Rechtsprechung, Verwaltung und Politik unter einen wissenschaftlich legitimierten Rationalisierungsdruck.

Die Folge ist eine *Verwissenschaftlichung der Politik* in dem Sinne, dass die Erwartung der Öffentlichkeit zunehmend dahin geht, dass politisches Handeln sich auf »wissenschaftlich gesichertes« Wissen gründen müsse. Im Hintergrund steht ein stetig wachsendes Vertrauen in die Möglichkeiten der Wissenschaft über die reine Wissensproduktion hinaus, die Vorstellung, dass es möglich sei, soziale Probleme rational zu analysieren, gesellschaftliche Entwicklungen auf der Grundlage dieser Analyse vorherzusehen und mit Hilfe eines wissenschaftlich entwickelten Instrumentariums prospektiv planend zu steuern – im Extremfall läuft dies auf eine wissenschaftlich angeleitete Technokratie hinaus, die politische Entscheidungen in lauter »Sachzwänge« auflöst, die »vernünftig« zu lösen sind.⁴² Die

vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hg.), *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2002, S. 32-51; Volker Roelcke, *Auf der Suche nach der Politik in der Wissensproduktion: Plädoyer für eine historisch-politische Epistemologie*, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 33 (2010), S. 176-192.

39 Niklas Luhmann, *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/Main 1992. Sehr dezidiert gegen eine künstliche Trennung der beiden Sphären z.B. Roelcke, *Suche*.

40 So die Definition bei Raphael, *Verwissenschaftlichung*, S. 166.

41 So der Sammelbegriff bei Volker Roelcke, *Rivalisierende »Verwissenschaftlichungen des Sozialen«*. Psychiatrie, Psychologie und Psychotherapie im 20. Jahrhundert, in: Jürgen Reulecke/Volker Roelcke (Hg.), *Wissenschaften im 20. Jahrhundert: Universitäten in der modernen Wissenschaftsgesellschaft*, Wiesbaden 2008, S. 131-148.

42 Jürgen Habermas, *Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung* (1963), in: ders., *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*, Frankfurt/Main 1968, S. 120-145 (zur Unterscheidung von technokratischer, pragmatischer und dezisionistischer Politikberatung). Dazu auch: Wilfried Rudloff, *Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen*, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hg.), *Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive*, Berlin 2004, S. 13-57; Peter Weingart/Justus Lentsch, *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*,

Legitimität von Herrschaft stützt sich immer stärker auf eine wissenschaftliche Zweckrationalität, die auf das größte Glück der größten Zahl ausgerichtet ist, auf die »allgemeine Wohlfahrt«⁴³ – andere Quellen der Legitimität wie »Tradition«, »Gerechtigkeit« oder »Freiheit« treten dagegen in den Hintergrund.

Im Falle der Humanwissenschaften führt dies im Übergang zur Neuzeit zu einer völlig neuen Form der Ausübung von Macht und Herrschaft, die *Michel Foucault* (1926-1984) mit dem Begriff der »Biopolitik« zu fassen versucht hat: »Es war nichts geringeres als der Eintritt des Lebens in die Geschichte – der Eintritt der Phänomene, die dem Leben der menschlichen Gattung eigen sind, in die Ordnung des Wissens und der Macht, in das Feld der politischen Techniken.«⁴⁴ Konkret: Durch die Einführung statistischer Verfahren in die Demographie wurde der Mensch als »Gattungswesen« erkennbar. Dem Objekt dieser neuen Disziplin, »der Bevölkerung« oder auch »dem Volk«, wurde eine Geburtenrate zugeordnet, an der man ablesen konnte, ob es »fruchtbar« oder »unfruchtbar« war, »sich vermehrte« oder aber »vom Aussterben bedroht« war. Die Zahlen zur Morbidität, zum Altersaufbau, zur durchschnittlichen Lebenserwartung und zur Mortalität zeigten an, wie »gesund« oder »krank« eine Bevölkerung war, ob sie »alterte« oder »sich verjüngte«. Mit der Zeit wurde das Instrumentarium immer diffiziler: Die Bevölkerungsdichte konnte errechnet, Wanderungsbewegungen nachvollzogen werden, die sozialräumliche Segregation wurde sichtbar – und zwischen all diesen und vielen anderen Parametern konnten Korrelationen hergestellt werden. Biologische Prozesse wurden *durchschaubar* – und in zunehmendem Maße schienen sie auch *beherrschbar* zu werden. Das Spektrum politischer Maßnahmen, um dies zu bewerkstelligen, war weit: So konnte man durch die Sanierung der ungesunden Elendsviertel der Großstädte, die Anlage einer Kanalisation, die Sicherstellung einer Versorgung mit sauberem Trinkwasser und ausreichender und ausgewogener Ernährung, die Verbesserung der medizinischen Versorgung oder die Einübung hygienischer Praktiken Einfluss auf die »Volksundheit« nehmen. Mit der *Eugenik* – oder wie man im deutschsprachigen Raum sagte: der *Rassenhygiene* – ging die Biopolitik in doppelter Hinsicht einen Schritt weiter. Zum einen durchdrang sie endgültig die Körperoberfläche, blieb nicht mehr beim *Erscheinungsbild* des Menschen stehen, sondern befasste sich mit seinem *Erbbild*. Zum anderen – und damit untrennbar verschränkt – richtete sie den Blick über die gegenwärtige Generation hinaus und eröffnete eine neue Perspektive weit in die Zukunft hinein. Biopolitik wurde zu einem auf Jahrzehnte, ja Jahrhunderte angelegten Projekt. Durch die gezielte Steuerung von gesellschaftlichen Selektionsbedingungen sollte der Genpool der Bevölkerung dergestalt manipuliert werden, dass erblich bedingte Krankheiten und Behinderungen oder ganz allgemein unerwünschte Erbanlagen in der Generationenfolge zum Verschwinden gebracht und umgekehrt die Weitergabe von erwünschten Erbanlagen gefördert und unterstützt werden. Die Gestaltung optimaler Umweltbedingungen für das Gattungswesen Mensch wurde ergänzt durch den – vorerst indirekten – Zugriff auf das Genom. Ziel war nichts Geringeres als die »Selbststeuerung der menschlichen Evolution«.⁴⁵ Aus diesem Ziel schöpft die Biopolitik ihre Legitimität. Es greift freilich zu kurz, Bio-

Weilerswist 2008. Hier gibt es Berührungspunkte zum Konzept des »Social Engineering«. Vgl. Thomas Etzemüller, Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes. Eine einleitende Skizze, in: ders. (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009, S. 11-39.

43 Die zumeist völlig unreflektierte Zugrundelegung utilitaristischer Maßstäbe bei der Bestimmung der Zwecke »wissenschaftlichen Regierens« wäre eine eigene Untersuchung wert. Zu Recht bemerkt Mitchell G. Ash dazu: »hinter alledem steht die Hoffnung einer alles umfassenden, rationalen Ordnung der Gesellschaft, wie sie im 18. Jahrhundert unter dem Namen »Policey« [...] firmiert.« Ash, Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte, S. 15.

44 Michel Foucault, Der Wille zum Wissen (= Sexualität und Wahrheit, Bd. 1), Frankfurt/Main 1977, S. 169. Aus der umfangreichen Literatur: Philipp Sarasin, Michel Foucault zur Einführung, Hamburg 2006, S. 166-171; Martin Stingelin (Hg.), Biopolitik und Rassismus, Frankfurt/Main 2003; Thomas Lemke, Biopolitik zur Einführung, Hamburg 2007; Andreas Folkers/Thomas Lemke (Hg.), Biopolitik. Ein Reader, Berlin 2014.

45 »Eugenics is the Self Direction of Human Evolution«, heißt es auf dem Plakat des *Third International Eugenics Congress*, der im August 1932 in New York stattfand. Faksimile in: Medizinhistorisches Journal 15 (1980), S. 337 ff.

politik als die Macht zu definieren, die sich der »Steigerung des Lebens« verschrieben hat. Es wohnt ihr zugleich eine Tendenz zur Selektion und Segregation, Exklusion und Extinktion inne. War die Macht des absoluten Herrschers in der feudalen Gesellschaft die Macht, »sterben zu *machen* oder leben zu *lassen*«, so ist die Macht der modernen Biopolitik eine, »leben zu *machen* oder in den Tod zu *stoßen*.«⁴⁶

Die beschriebene Verwissenschaftlichung der Politik – bis hin zur Biopolitik – hat wiederum eine *Politisierung der Wissenschaft*⁴⁷ zur Folge, indem sich immer größere Hoffnungen mit den Wissenschaften verknüpfen, sich immer höhere Erwartungen an ihre Problemlösungskapazität richten. So sehen sich die Wissenschaften zusehends mit Forderungen konfrontiert, ihr Wissen so zu operationalisieren, dass es eine Orientierung für politisches Handeln bietet, sich womöglich sogar in konkrete politische Handlungsanweisungen umsetzen lässt. Dadurch jedoch werden die Grenzen zwischen den gesellschaftlichen Subsystemen Wissenschaft und Politik zunehmend fließender, an der Schnittstelle dieser beiden Subsysteme bilden sich hybride Strukturen heraus. So führt paradoxerweise die Autonomie der Wissensproduktion in der Wissenschaft, angewandt auf den Menschen, seinen Körper, seine Psyche und seine soziale Umwelt, zu einer »Verwissenschaftlichung des Sozialen« (*Lutz Raphael*),⁴⁸ die wiederum eine neuartige Verschränkung von Wissenschaft und Politik zur Folge hat.

Man kann diese Verschränkung mit *Mitchell G. Ash* als einen immer wieder neu auszuhandelnden Austausch von Ressourcen auffassen, wobei der Begriff der »Ressource« bewusst weit gefasst wird.⁴⁹ Die Politik kann der Wissenschaft zwei fundamental wichtige Ressourcen anbieten: Macht und Geld. Macht, ausgeübt in den Bahnen legitimer Herrschaft, kann genutzt werden, um etwa die rechtlichen Rahmenbedingungen von Wissenschaft zu gestalten – so kann durch eine restriktive Studien- und Prüfungsordnung und die Bindung der Zulassung zu bestimmten beruflichen Positionen an wissenschaftliche Qualifikationen der Zugang zu einer *scientific community* so reguliert werden, dass diese den Status einer *Profession* mit exklusivem Expertenwissen erhält. Die Bedeutung öffentlicher Mittel, investiert in die Qualifizierung von wissenschaftlichem Nachwuchs, neue Lehrstühle, die Förderung spezifischer Forschungsprojekte und -programme, den Bau und die Ausstattung von Forschungsstätten, liegt auf der Hand. Was die Wissenschaft der Politik zu bieten hat, wirkt auf den ersten Blick

46 Foucault, Wille, S. 165.

47 So Weingart, Verwissenschaftlichung; ders., Stunde, S. 141-151.

48 Raphael grenzt vier Phasen der »Verwissenschaftlichung des Sozialen« voneinander ab. Die vierte Phase, deren Beginn Raphael auf die erste Ölpreiskrise 1973/74 datiert und die von einer Fragmentierung wissenschaftlicher Expertise und einer »Kultur der Gutachten und Gegengutachten« (ebd., S. 178), einem erschütterten Vertrauen in sozialwissenschaftliche Expertise, überhaupt von einer immer größeren Skepsis im Hinblick auf die Planbarkeit gesellschaftlicher Prozesse geprägt ist, bleibt an dieser Stelle außen vor. Die Ära des Nationalsozialismus fällt noch in die dritte Phase, die Raphael in den 1930er Jahren beginnen lässt und in der das Vertrauen in eine sozialwissenschaftlich angeleitete Politik seinen Höhepunkt erreichte. – In der vierten Phase entfaltete schließlich auch die »Öffentlichkeit« als kritische Instanz sowohl gegenüber der Politik als auch gegenüber der Wissenschaft ihre volle Wirksamkeit, wenngleich Öffentlichkeit auch zuvor schon an der »Abgrenzung dessen, was und was nicht als Wissenschaft gelten durfte«, beteiligt war. Vgl. dazu vor allem: Sybilla Nikolow/Arne Schirmacher (Hg.), Wissenschaft und Öffentlichkeit als Ressourcen füreinander. Studien zur Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York, 2007 (darin: dies., Das Verhältnis von Wissenschaftlichkeit und Öffentlichkeit als Beziehungsgeschichte. Historiographische und systematische Perspektiven, S. 11-36, Zitat: S. 11; Mitchell G. Ash, Wissenschaft(en) und Öffentlichkeit(en) als Ressourcen füreinander. Weiterführende Bemerkungen zur Beziehungsgeschichte, S. 349-362).

49 Ash, Wissenschaft und Politik, S. 32, plädiert für »eine Erweiterung des Ressourcenbegriffs über dessen gängige, ökonomische Bedeutung hinaus«. Danach können Ressourcen »auch kognitiver, apparativer, personeller, institutioneller und rhetorischer Art sein«. Volker Roelcke spricht im Zusammenhang mit Ernst Rüdin und der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie von »career resources«. Darunter versteht er ein »ensemble of institutional infrastructures, job opportunities, publication possibilities, intellectual plausibilities, and public attention available for actors in view of a specific program of scientific activity«. Volker Roelcke, Funding the Scientific Foundations of Race Policies: Ernst Rüdin and the Impact of Career Resources on Psychiatric Genetics, ca 1910-1945, in: Wolfgang U. Eckart (Hg.), Man, Medicine, and the State. The Human Body as an Object of Government Sponsored Medical Research in the 20th Century, Stuttgart 2006, S. 73-87, Zitate: S. 74.

weniger handfest, ist aber gleichwohl von grundlegender Bedeutung: Wissenschaft stellt – vermittelt über Beiräte, Gutachten, Anhörungen – Expertenwissen bereit, um politisches Handeln anzuleiten, zu begründen, zu rechtfertigen, zu begleiten und zu evaluieren. Sie akkumuliert kulturelles Kapital, das nicht nur ganz konkret der Wirtschaft und Gesellschaft zugute kommt, sondern auch eine symbolische Dimension entfaltet: Wissenschaft stellt sich als wichtiger Baustein in der Selbstwahrnehmung und Selbstdarstellung einer »Kulturnation« dar – ein Faktor, der in der Konkurrenz der nationalen Staaten und Gesellschaften eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Vor allem aber fungiert Wissenschaft als Quelle der *Legitimität* politischen Handelns. Tatsächlich bieten die Wissenschaften in einer säkularisierten Gesellschaft die wirkmächtigste Form der Legitimation politischen Handelns dar: Eine Politik, die sich überzeugend auf eine wissenschaftliche Grundlage berufen kann, erscheint als wertneutral und überparteilich, unbedingt sinnvoll, ja notwendig und ohne Alternative, mit hoher Wahrscheinlichkeit zielführend und erfolgversprechend. Als Quelle einer derart starken Legitimation löst die Wissenschaft in säkularisierten Gesellschaften in gewisser Weise die Religion ab.

Vereinfacht gesagt, tauschen Politik und Wissenschaft also Macht und Geld gegen Herrschafts- und Verwaltungswissen, Prestige und Legitimität. Wissenschaft handelt hierbei – dies sei ausdrücklich betont – keineswegs rein opportunistisch, nur ihren institutionellen Eigeninteressen folgend. Es geht vielmehr darum, die praktischen Schlussfolgerungen aus wissenschaftlich gewonnenem Wissen auf dem Wege der Politikberatung in der Öffentlichkeit, im politischen Diskurs und im Staatshandeln zu implementieren – der Anspruch der Wissenschaft auf Deutungs- und Gestaltungsmacht fällt mit den Erwartungen zusammen, die von außen an sie herangetragen werden.⁵⁰ Anders ausgedrückt: Autonome Wissenschaft lässt sich nicht einfach für *beliebige* politische Projekte instrumentalisieren, sondern entwickelt, indem sie den Menschen in seinen Lebenszusammenhängen in den Blick nimmt, eigene politische Konzepte, die als wissenschaftlich reflektiert, rein sachorientiert und rational gelten – für diese Projekte suchen Akteure aus der Wissenschaft nach Partnern in der Sphäre der Politik, die wiederum auf der Suche nach eben solchen Konzepten zur Legitimierung ihres Handelns sind. Auf diese Weise kommt es zu strukturellen Rückkopplungen zwischen Wissenschaft und Politik.

An der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik bilden sich Netzwerke von Akteuren, die – je eigene Interessen und Motive verfolgend – »Ressourcenensembles« (Mitchell G. Ash) gruppieren und je nach situativem Kontext immer wieder umgruppieren. Die Rede von »Wissenschaft« und »Politik« im Kollektivsingular darf in diesem Zusammenhang den Blick darauf nicht verstellen, dass wir es hier mit einer Vielzahl von Akteuren in unterschiedlichen Rollen mit je eigenen Interessen zu tun haben. *Die* Wissenschaft zerfällt in viele Disziplinen und Subdisziplinen, die ihre epistemischen Felder in Konkurrenz zueinander abstecken und dabei in heftige Konflikte geraten können – die Psychowissenschaften sind ein gutes Beispiel für »rivalisierende Verwissenschaftlichungen des Sozialen«.⁵¹ Innerhalb einer Disziplin oder Subdisziplin konkurrieren verschiedene Schulen miteinander; die Lehrstühle, Fakultäten, Institute und außeruniversitären Forschungseinrichtungen stehen in einem harten Wettbewerb untereinander. Und auch *die* Politik bildet keinen monolithischen Block. Politik spielt sich auf verschiedenen Ebenen ab (z.B. Kommunen, Länder und Provinzen, Reich), ergibt sich aus dem Zusammenspiel der verschiedenen politischen Gewalten (Exekutive, Legislative, Jurisdiktion) und Organe (z.B. Parteien und Interessenverbände, Parlamente und Parlamentsausschüsse, Regierungen, Ministerien und ihre Abteilungen, staatliche und Sonderverwaltungen). Kurz: In beiden gesellschaftlichen Subsystemen, in der Wissenschaft wie in der Politik, agiert eine Vielzahl von Akteuren, die Verbindungen innerhalb der eigenen Sphäre, aber auch über deren Grenze hinweg in die jeweils andere Sphäre hinein zu knüpfen versuchen.

50 In diesem Sinne dezidiert: Peter Weingart/Jürgen Kroll/Kurt Bayertz, *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*, Frankfurt/Main 1988, S. 395; Rüdiger Hachtmann, *Wissenschaftsgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 48 (2008), S. 539-606, hier: S. 541.

51 Roelcke, *Verwissenschaftlichungen*.

Zu den hybriden Strukturen im Grenzbereich von Wissenschaft und Politik gehören – neben den Foren der Hochschulpolitik, den Verbänden außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, dem System der Forschungsförderung – auch *wissenschaftliche Fachgesellschaften*. Sie haben keineswegs nur Funktionen nach innen – als Foren des fachlichen Diskurses, der Information über laufende Forschungen, neue Erkenntnisse, Paradigmen und Methoden und der Verständigung über Forschungsdesiderata und einzuschlagende Forschungsstrategien oder als Instanzen zur Ausbildung einer je eigenen Wissenskultur, zur Stiftung und Stärkung der gemeinsamen Identität einer *scientific community* und zur Artikulierung gemeinsamer standespolitischer Interessen.⁵² Darüber hinaus bilden sie immer auch eine Brücke zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Staat. Sie sind eine Anlaufstelle für die Fragen, Erwartungen und Forderungen der Gesellschaft und des Staates an eine wissenschaftliche Disziplin und speisen diese außerwissenschaftlichen Impulse in den Fachdiskurs ein – sie übersetzen gleichsam politische Interessen in wissenschaftliche Fragestellungen. Umgekehrt artikulieren wissenschaftliche Fachgesellschaften die Anregungen, Handlungsempfehlungen und Forderungen der betreffenden Disziplin an die Adresse des Staates und der Gesellschaft und fungieren auf diese Weise als Sprachrohr der Wissenschaft im öffentlichen Raum – sie bilden eine Plattform für die Repräsentation wissenschaftlich generierten Wissens und übersetzen wissenschaftliche Expertise in die Sprache der Politik, der Medien und des Alltagswissens. Fasst man das Verhältnis von Wissenschaft und Politik als fortgesetzte Umgruppierung von Ressourcenensembles auf, so bieten wissenschaftliche Fachgesellschaften ein Forum dar, auf dem strategische Allianzen zwischen Wissenschaft und Politik angebahnt, Korridore für den Austausch von Ressourcen abgesteckt und Agenden von beiderseitigem Interesse ausgehandelt werden. Auf der Ebene der wissenschaftlichen Fachgesellschaft geht es zumeist nicht um konkrete Entscheidungen über Fördermittel, Stellen, Forschungsstätten oder Apparaturen – vielmehr werden hier die Weichen gestellt, um die Allokation von Ressourcen langfristig zu steuern, wird der Entwicklung des Faches unter dem Gesichtspunkt der Anwendung wissenschaftlich generierten Wissens Richtung und Ziel gegeben.

Kann das hier skizzierte Konzept mit Gewinn auch auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Nationalsozialismus angewandt werden? Stellt sich das nationalsozialistische Deutschland nicht als ein Machtstaat dar, in dem das herrschende Regime, gestützt auf Zwang und offene Gewalt, in allen gesellschaftlichen Subsystemen, so auch in der Wissenschaft, von oben nach unten »durchregierte« und seine Ideologie – ohne Rücksicht auf »wissenschaftliche Wahrheit« – oktroyierte? Die zeitgeschichtliche Forschung der letzten Jahrzehnte hat indessen gezeigt, dass sich der nationalsozialistische Staat, *erstens*, keineswegs nur auf Zwang und Gewalt stützte, sondern eine spezifische Form *legitimer* Herrschaft errichtete, in der sich – wenn man die drei reinen Typen legitimer Herrschaft nach *Max Weber* (1864-1920) zugrunde legt – Elemente einer *charismatischen* mit Elementen einer *rationalen* Herrschaft mischten.⁵³ Gerade auf dem Feld der Bevölkerungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik erhob das nationalsozialistische Regime den Anspruch auf wissenschaftlich begründete Rationalität – es war daher auf die Zuarbeit der Human- und insbesondere der Psychowissenschaften dringend angewiesen. Man kann den Nationalsozialismus mit guten Gründen als eine »biopolitische Entwicklungsdiktatur« auffassen, die darauf abzielte, die Kontrolle über Geburt und Tod, Sexualität und Fortpflanzung, Körper und Keimbahn, Variabilität und Evolution an sich zu bringen, den Genpool der Bevölkerung von allen unerwünschten »Beimischungen« zu »reinigen« und auf diese Weise einen homogenen »Volkskörper« zu schaffen. Erbgesundheits- und Rassenpolitik wurden als Voraussetzungen für die Schaffung einer neuen, nach dem Erbwert geschichteten Gesellschaft gesehen, an deren Spitze eine sozial tendenziell

52 Heiner Fangerau fasst diese Funktionen nach innen mit den Kategorien »Selbstkonstitution, Anerkennung, Verantwortung und Kollegialität«. Fangerau, *Urologie*, S. 18.

53 Dazu vor allem: Max Weber, *Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft*, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hg. v. Johannes Winkelmann, Tübingen 1982, S. 582-613.

egalitäre, biologisch homogene »Volksgemeinschaft« stehen sollte, in der die überkommenen Klassen-, Schichten- und Milieugrenzen überwunden sein würden. Vor dem Hintergrund dieses gesellschafts-politischen Großprojekts stellte sich der nationalsozialistische Staat keineswegs als »wissenschafts-feindlich« dar, sondern förderte im Gegenteil gerade die Human- und Psychowissenschaften, die zur Fundierung und Legitimierung seiner politischen Handlungen beitragen konnten.

Das nationalsozialistische Deutschland kann, *zweitens*, mit *Ernst Fraenkel* (1898-1975) als »Doppelstaat« beschrieben werden, der durch das Ineinandergreifen von Normen- und Maßnahmenstaat gekennzeichnet ist. Der »Normenstaat« – verstanden als »das Regierungssystem, das mit weitgehenden Herrschaftsbefugnissen zwecks Aufrechterhaltung der Rechtsordnung ausgestattet ist, wie sie in Gesetzen, Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsakten [...] zum Ausdruck gelangen«⁵⁴ – wurde von innen her durch den »Maßnahmenstaat« – »das Herrschaftssystem der unbeschränkten Willkür und Gewalt, das durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt ist« – durchdrungen, aber keineswegs völlig zerstört. Das Ergebnis war ein »halbierte[r] Rechtsstaat«.⁵⁵ Zwar verblieben weite Gebiete des Rechts und der Verwaltung im Kompetenzbereich des Normenstaates, die »politische« Sphäre jedoch wurde dem Maßnahmenstaat unterstellt, wobei – im Gegensatz zur Gewaltenteilung im Rechtsstaat – »das Politische« nicht einen abgegrenzten Sektor der Staatstätigkeit darstellt, sondern zum mindesten potentiell das gesamte öffentliche und private Leben umfasst«.⁵⁶ Mit anderen Worten: Der Maßnahmenstaat konnte seinen Zuständigkeitsbereich beliebig ausweiten unter der Maxime: »Politisch ist, was die politischen Instanzen für politisch erklären.«⁵⁷ Daraus folgt, »dass die Kompetenzvermutung beim Normenstaat liegt, während die Kompetenzkompetenz beim Maßnahmenstaat liegt.«⁵⁸

Diese Darlegungen gelten auch für die nationalsozialistische Politik gegenüber den Wissenschaften: Sie griff durchaus zu Willkür-, Zwangs- und Gewaltmaßnahmen – etwa bei der Verhängung von Berufsverboten, der Verfolgung und Vertreibung von rassistisch oder politisch missliebigen Wissenschaftlern,⁵⁹ bei der Schließung von Instituten, der Verwüstung von Bibliotheken und dem Verbrennen von Büchern, der Berufung von Professoren an den von den Universitäten aufgestellten Berufslisten vorbei usw. Über weite Strecken bediente sich der nationalsozialistische Staat jedoch konventioneller Instrumente der Wissenschaftspolitik wie der Förderung bestimmter Forschungsschwerpunkte oder der Privilegierung bestimmter Forschergruppen bei der Mittelvergabe; der wissenschaftliche Betrieb lief in weiten Bereichen weiter wie bisher. Nur im Ausnahmefall mischte sich das Regime in den Fachdiskurs ein⁶⁰ – eine »Ideologisierung« der Wissenschaft, wie etwa im Falle des Lysenkoismus oder Pawlowismus in der spätstalinistischen Sowjetunion,⁶¹ ist für das nationalsozialistische Deutschland

54 Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*, Frankfurt/Main 1984, S. 21. Danach auch das folgende Zitat.

55 So Bernhard Blanke, *Der deutsche Faschismus als Doppelstaat*, in: *Kritische Justiz* 8 (1975), S. 219-243, Zitat: S. 224.

56 Fraenkel, *Doppelstaat*, S. 98.

57 Ebd., S. 72.

58 Ebd., S. 88.

59 Dies war, wie Mitchell G. Ash klarstellt, keine Maßnahme der Wissenschaftspolitik, sondern der nationalsozialistischen Beamtenpolitik, die gravierende Folgen im Wissenschaftsbetrieb hatte. Ash, *Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte*, S. 22.

60 Einen solchen Fall stellen die biologische Bewertung von »jüdischen Rassenmischlingen« – und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen für die Rassenpolitik – dar. Hier reagierten Staat und Partei mit massivem Druck, wenn sich Wissenschaftler unter Berufung auf die Erkenntnisse der Humangenetik für die Integration dieser Menschen in die »Volksgemeinschaft« aussprachen.

61 Vgl. z.B. Niels Roll-Hansen, *Wishful Science: The Persistence of T.D. Lysenko's Agrobiology in the Politics of Science*, in: Michael D. Gordin/Karl Hall/Alexei Kojevnikov (Hg.), *Intelligentsia Science: The Russian Century, 1860-1960*, Chicago 2008, S. 166-188; Torsten Rüing, *Pawlow und der neue Mensch. Diskurse über Disziplinierung im Sowjetrußland*, München 2002. Darauf, dass auch hier durchaus Interaktionsprozesse zwischen Wissenschaft und Politik im Spiel waren, verweist: Alexei B. Kojevnikov, *Dialoge über Macht und Wissen*, in: Dietrich Beyrau (Hg.), *Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler*, Göttingen 2000, S. 45-64. In vergleichender Perspektive: Mark Walker (Hg.), *Science and Ideology: A Comparative History*, New York 2003.

nicht nachweisbar. Selbst Begriffe wie »Rasse« und »Vererbung«, die für die nationalsozialistische Biopolitik von grundlegender Bedeutung waren, wurden unter nationalsozialistischer Herrschaft im Fachdiskurs durchaus differenziert und kontrovers diskutiert.⁶²

Zu berücksichtigen ist, *drittens*, die polykratische Herrschaftsstruktur des nationalsozialistischen Staates.⁶³ Er war – entgegen der Selbstdarstellung als »Führerdiktatur« – kein monolithischer Block, keine straffe Hierarchie mit klaren Über- und Unterordnungsverhältnissen, in der die Machtströme ungehindert von oben nach unten flossen, sondern ein komplexes und kompliziertes Herrschaftsgefüge mit einem Neben- und Gegeneinander relativ autonomer Machtzentren mit unklaren Aufgabengebieten und Zuständigkeitsbereichen, die in heftigen Diadochenkämpfen um Kompetenz- und Funktionskomplexe konkurrierten. Dabei verlief zunächst eine einigermaßen nachvollziehbare Frontlinie zwischen dem nationalsozialistischen *Staat* einerseits, der *Partei*, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden andererseits. Doch löste sich dieser klare Dualismus mit der Zeit immer weiter auf, es entstanden als Folge von führerunmittelbaren Befehlswegen und Sonderbevollmächtigungen immer neue außerordentliche Exekutivgewalten, die sich keiner der beiden Seiten mehr eindeutig zuordnen ließen und sich sowohl der Kontrolle durch die reguläre Bürokratie wie auch durch die Partei entzogen.⁶⁴

Für Akteure aus der Sphäre der Wissenschaft, die an der Schnittstelle zur Sphäre der Politik agierten, bedeutete dies einerseits, dass das soziale Feld, auf dem sie sich bewegten, immer unübersichtlicher wurde, dass immer mehr Akteure aus der Sphäre der Politik – und damit auch die Spannungen und Konflikte zwischen ihnen – bei den strategischen Überlegungen der Wissenschaftler berücksichtigt werden mussten. Andererseits hieß es aber auch, dass sich das Spektrum der Optionen ausweitete, verschiedene Allianzen zwischen »Wissenschaft« und »Politik« möglich wurden. Und da sich die überkommenen Strukturen politischer Entscheidungsbildung zunehmend auflösten, war für Akteure aus der Wissenschaft, wenn sie in der Interaktion mit Akteuren aus der Politik geschickt taktierten, der Weg zur Macht viel kürzer als unter den Bedingungen einer Demokratie. Mehr noch: Die mit der Zeit neu entstehenden Machtgebilde jenseits der staatlichen Bürokratie und der Parteistrukturen banden zusehends auch wissenschaftliche Expertenstäbe mit ein, nicht mehr nur als assoziierte Beratergremien, sondern als »planende Intelligenz« mit Entscheidungskompetenzen. Die Folge war, dass manche Akteure aus der Sphäre der Wissenschaft sich eine Machtposition auch in der Sphäre der Politik aufbauen konnten und nach beiden Seiten hin agierten – sie waren damit keiner der beiden Sphären mehr eindeutig zuzuordnen.

Für die wechselseitige Instrumentalisierung von Wissenschaft und Politik unter nationalsozialistischer Herrschaft waren auch die wissenschaftlichen Fachgesellschaften von erheblicher Bedeutung, boten sie doch Foren, auf denen Akteure aus beiden Sphären strategische Bündnisse schließen, den Austausch von Ressourcen organisieren, Kooperationsverhältnisse anbahnen konnten. Fachgesellschaften boten die Möglichkeit, eine *scientific community* den Interessen eines solchen Bündnisses entsprechend neu auszurichten, ein neues Paradigma zu etablieren, epistemische Felder neu abzustecken.

62 Vgl. z.B. Hans-Walter Schmuhl, Rasse, Rassenforschung, Rassenpolitik. Annäherungen an das Thema, in: ders. (Hg.), Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933, Göttingen 2003, S. 7-37, hier: S. 22-29.

63 Dazu klassisch: Peter Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 417-442.

64 Dazu auch die anregenden Überlegungen bei: Rüdiger Hachtmann, »Neue Staatlichkeit« im NS-System – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue, in: Jürgen John/Horst Möller (Hg.), Die NS-Gaue – regionale Mittelinstanzen im zentralistischen »Führerstaat«?, München 2007, S. 56-79.

Methodologische Vorüberlegungen: Organisationen, Netzwerke, Ressourcen, Akteure und ihre Rollen

Einem Forschungsprojekt zur Geschichte einer wissenschaftlichen Fachgesellschaft haftet – selbst wenn es um die spannende Ära des Nationalsozialismus geht – unter methodologischen Gesichtspunkten etwas leicht Altbackenes an. Nach dem Vorangegangenen dürfte bereits klar geworden sein, dass eine im klassischen Sinne organisationsgeschichtliche Perspektive zu kurz greift: Eine wissenschaftliche Fachgesellschaft ist mehr als ein Verein, dessen durch die Satzung bestimmte Zwecke, Organe und Regularien, seine Versammlungen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen.⁶⁵ All das ist nicht unwichtig, konstituiert es doch eine wissenschaftliche Fachgesellschaft als juristische Person und legt damit ihre formale Position im Staat und in der bürgerlichen Gesellschaft fest. Sie ist aber zugleich viel mehr als das, denn es existiert – so der methodische Ausgangspunkt der vorliegenden Studie – jenseits dieser *formellen* noch eine *informelle* Ebene, ein dichtes Gewebe aus Beziehungen zwischen einzelnen Wissenschaftlern, zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, zwischen Akteuren aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung.

Neben die klassische organisationsgeschichtliche Analyse sollte daher ein *netzwerkanalytischer* Zugriff treten, der eine wissenschaftliche Fachgesellschaft zunächst einmal als eine Verdichtung in einem weitgespannten und engmaschigen Beziehungsgeflecht innerhalb eines epistemischen Feldes versteht. Aus soziologischer Perspektive stellen sich »Organisationen«⁶⁶ und »Netzwerke« als sehr unterschiedliche Formen der Vergesellschaftung oder Vergemeinschaftung dar.⁶⁷ Im Vergleich zu Organisationen sind Netzwerke flüchtige und wandelbare Gebilde, sie weisen keine scharf umrissenen Außengrenzen und Binnenstrukturen auf, kennen keine gesatzte Ordnung, der Zugang zu ihnen ist nicht formal reguliert, die Zugehörigkeit nicht klar definiert. Für den Umgang der Akteure innerhalb eines Netzwerkes gibt es kein spezielles Regelwerk, vielmehr gelten hier die Regeln der »Freundschaft«, »Kollegialität« oder »Kumpanei«. Es herrscht eine relative Gleichheit der Akteure, es überwiegen horizontale Beziehungen, die Interaktion beruht auf der Erwartung der Gegenseitigkeit. Der primäre Zweck von Netzwerken besteht in der Akkumulation und Allokation von sozialen Ressourcen im weitesten Sinn zum Nutzen der beteiligten Akteure.

65 Von ihrer Rechtsform her sind wissenschaftliche Fachgesellschaften Vereine. Nach soziologischen Kriterien sind sie in den Grenzbereich zwischen »Verein« und (Interessen-)»Verband« einzuordnen. Vgl. dazu die anregenden Bemerkungen bei: Walther Müller-Jentsch, Der Verein – ein blinder Fleck der Organisationssoziologie, in: Berliner Journal für Soziologie 18 (2008), S. 476-502. – Zu neueren Tendenzen in der Institutionengeschichte: Bernhard Löffler, Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Thesen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hg.), Geschichte der Politik. Alte und Neue Wege, München 2007, S. 155-180.

66 Es wird hier ein institutioneller Organisationsbegriff zugrunde gelegt. Zum Verhältnis von Organisation und Netzwerk im Sinne der Systemtheorie vgl. Boris Holzer, Netzwerke, Bielefeld 2006, S. 94-98.

67 Das Begriffspaar geht zurück auf Ferdinand Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie, Darmstadt 2005. Zur Diskussion z.B. Frank Osterkamp, Gemeinschaft und Gesellschaft. Über die Schwierigkeit, einen Unterschied zu machen. Zur Rekonstruktion des primären Theorieentwurfs von Ferdinand Tönnies, Berlin 2006. – Im »Verein« steht – im Vergleich mit dem »Verband« – das Moment der Vergemeinschaftung im Vordergrund. In diesem Sinne sind wissenschaftliche Fachgesellschaften eher »Verbände«, auch wenn sie zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts einer *scientific community* durchaus beitragen.